

Stadtrat Aarau

**„Erfolgreiches Zusammenleben  
durch integrationsfördernde Strukturen“**

Integrationsbericht

Aarau, 17. Dezember 2007  
Judith Jean-Richard

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Ausgangslage .....</b>	<b>3</b>
<b>2. Zielsetzungen .....</b>	<b>3</b>
<b>3. Vorgehen .....</b>	<b>3</b>
3.1 Phase 1: Grobanalyse .....	4
3.2 Phase 2: Mitwirkung .....	4
3.3 Phase 3: Bericht an den Einwohnerrat.....	4
<b>4. Vorbemerkungen zum Bericht.....</b>	<b>5</b>
<b>5. Der Begriff Integration .....</b>	<b>5</b>
5.1 Definition .....	5
5.2 Definition für Aarau .....	6
<b>6. Integrationsförderung .....</b>	<b>6</b>
6.1 Integrationsförderung des Bundes .....	6
6.2 Integrationsförderung im Kanton Aargau .....	7
6.3 Integrationsförderung in Aarau .....	8
6.4 Leitsätze zur Integrationsförderung in Aarau .....	8
<b>7. Analyse und Lösungsansätze .....</b>	<b>9</b>
7.1 Behörden/ Zentrale Dienste .....	10
7.1.1 Feststellungen in Aarau .....	10
7.1.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts.....	13
7.1.3 Integrationsfelder.....	14
7.1.4 Gute Beispiele andernorts.....	16
7.2 Steuern/ Finanzen/ Liegenschaften .....	16
7.2.1 Feststellungen in Aarau .....	17
7.3 Kultur/ Sport .....	17
7.3.1 Feststellungen in Aarau .....	17
7.3.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts.....	18
7.3.3 Integrationsfelder.....	19
7.3.4 Gute Beispiele andernorts.....	21
7.4 Schulen .....	21
7.4.1 Feststellungen in Aarau .....	21
7.4.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts.....	22
7.4.3 Integrationsfelder.....	23
7.4.4 Gute Beispiel andernorts.....	25
7.5 Soziales .....	26
7.5.1 Feststellungen in Aarau .....	26
7.5.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts.....	29
7.5.3 Integrationsfelder.....	29
7.5.4 Gute Beispiele andernorts.....	31
7.6 Öffentliche Sicherheit.....	31
7.6.1 Feststellungen in Aarau .....	31
7.6.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts.....	32
7.6.3 Integrationsfelder.....	32
7.7 Stadtentwicklung/ Bauwesen .....	34
7.7.1 Feststellungen in Aarau .....	34
7.7.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts.....	35
7.7.3 Integrationsfelder.....	35
7.7.4 Gute Beispiele andernorts.....	38
7.8 Ortsbürgergutsverwaltung OBV .....	38
7.8.1 Feststellungen in Aarau .....	38
7.8.2 Integrationsfelder.....	39
7.8.3 Gute Beispiele andernorts.....	39

<b>8.</b>	<b>Strukturen für die Integrationsförderung .....</b>	<b>40</b>
8.1	Bestehende Strukturen .....	40
8.1.1	Bund .....	40
8.1.2	Kanton.....	40
8.1.3	Stadt Aarau .....	41
a)	Migrantenorganisationen und Schlüsselpersonen .	41
b)	Hilfswerke .....	41
c)	Stadtrat und Verwaltung.....	41
d)	Andere Städte.....	42
8.2	Struktur für Aarau .....	42
8.3	Kommunikation.....	43
<b>9.</b>	<b>Schlussfolgerungen .....</b>	<b>44</b>

## 1. Ausgangslage

Am 21. März 2005 wurde im Einwohnerrat eine Motion mit folgendem Begehren eingereicht: „Der Stadtrat Aarau wird eingeladen, einen Integrationsbericht zu erstellen, in welchem aufgezeigt wird, welche integrationsfördernden Strukturen bereits vorhanden sind und wie diese zu stärken sind, wo Integrationsdefizite bestehen und wie diese behoben werden können.“

An der Sitzung des Einwohnerrates vom 19. September 2005 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und an den Stadtrat überwiesen.

Mit Schreiben vom 27. Juli 2006 wurde die Schiess Unternehmensberatung zur Offertstellung eingeladen und mit Schreiben vom 20. Dezember 2006 erhielt sie vom Stadtrat den Auftrag, einen Integrationsbericht zu erstellen, eingeschränkt auf die Zielgruppe der Ausländer/innen.

## 2. Zielsetzungen

Mit dem Integrationsbericht sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Es besteht eine für die Stadt Aarau gültige Definition von Integration;
- Leitsätze integrationsfördernder Strukturen sind formuliert;
- Die Situationsanalyse zeigt Stärken und Schwächen sowie die Problembereiche der integrationsfördernden Strukturen auf;
- Integrationsfelder und Massnahmen zur Verbesserung und Behebung erkannter Problembereiche sind beschrieben;
- Die Bevölkerung und die Anspruchsgruppen<sup>1</sup> sind in die Erarbeitung des Berichtes einbezogen und über den Prozessverlauf informiert.
- Das Vorgehen bei der Erarbeitung und die Struktur des Integrationsberichtes sind so gewählt, dass sie für Berichte über andere Zielgruppen übernommen werden können (z.B. Erwerbslose Jugendliche, ältere Menschen, Behinderte usw.).

## 3. Vorgehen

Das Projekt „Integrationsbericht“ wird in drei Phasen aufgeteilt: Grob-analyse, Mitwirkung, Bericht an den Einwohnerrat.

---

<sup>1</sup> Unter Anspruchsgruppen werden alle Personen, Gruppierungen oder Institutionen verstanden, die in irgendeiner Form am Thema Integration beteiligt oder interessiert sind.

### **3.1 Phase 1: Grobanalyse**

Neben der Auswertung der vorhandenen Unterlagen und dem Bezug von Informationen aus anderen Städten und Kantonen wurden Interviews mit Schlüsselpersonen wichtiger Anspruchsgruppen geführt.

Folgende Unterlagen wurden für die Grobanalyse beigezogen:

- Stadtentwicklungskonzept, Legislaturziele, Politikplan, Voranschlag und Jahresbericht 2007
- Studie „Ausländerinnen und Ausländer in Aarau“, 1994
- Statistische Angaben, Stadtbüro
- Diverse Unterlagen der einzelnen Abteilungen
- Diverse Unterlagen von Bund, Kantonen und Städten.

Mit Vertreter/innen folgender Anspruchsgruppen wurden Gespräche geführt:

- Verwaltungsabteilungen
- Schulpflege, Schulleitung, Lehrkräfte
- Kulturelle Institutionen
- Sportvereine
- Migrantenorganisationen
- Soziale Institutionen, Beratungsstellen
- Arbeitgeber
- Kantonale Stellen, Brückenangebote für Jugendliche

Die Grobanalyse erlaubt dem Stadtrat, Ziele, Integrationsfelder und Massnahmen festzulegen. Mit dem vorliegenden Bericht ist die Phase 1 abgeschlossen.

### **3.2 Phase 2: Mitwirkung**

Aufgrund der Grobanalyse wird ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt mit dem Ziel, von der interessierten Bevölkerung und den Anspruchsgruppen Rückmeldungen zu den vorgeschlagenen Zielen, Integrationsfeldern und Massnahmen zu erhalten. Die Auswertung der Mitwirkung ermöglicht es dem Stadtrat, allfällige Korrekturen und Ergänzungen in seiner zukünftigen Integrationsstrategie vorzunehmen.

### **3.3 Phase 3: Bericht an den Einwohnerrat**

Der Stadtrat erstattet dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zur Integrationssituation mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen samt Kosten-schätzung.

## 4. Vorbemerkungen zum Bericht

Der Bericht bezieht sich gemäss Auftrag nur auf Migrant/innen, obwohl viele Feststellungen, Integrationsfelder und Massnahmen für Schweizer/innen genauso gelten. Mit Migrant/innen sind in diesem Bericht alle Personen ohne Schweizer Pass gemeint. Als Secondos/as gelten Personen mit Migrationshintergrund, die in der Schweiz geboren oder vor dem Erwachsenenalter in die Schweiz gekommen sind.

Da sehr viel Material vorhanden ist, das später vielleicht gebraucht werden kann, ist es in einem separaten Ordner zusammengestellt. Ein \* verweist auf Informationen und Unterlagen im Ordner.

## 5. Der Begriff Integration

### 5.1 Definition

Integration kann nicht objektiv definiert werden, sondern ist immer im Zusammenhang mit der politischen und gesellschaftlichen Situation zu interpretieren. Integration wird heute meistens als wechselseitiger Prozess verstanden, in welchem sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Migrant/innen ihren Beitrag dazu leisten müssen („fordern und fördern“).

Das für die Integration zuständige Bundesamt für Migration hält in seinem Integrationsbericht fest, dass Erfolge bzw. Probleme der Integration der ausländischen Bevölkerung anhand des Kriteriums der **Chancengleichheit** gemessen werden. Integration wird „dann erreicht, wenn Zugewanderte unter Berücksichtigung ihrer sozio-ökonomischen Lage und familiären Situation vergleichbare Werte bezüglich der Arbeitsmarktchancen, Bildungschancen, Gesundheit, sozialen Sicherheit, Wohnqualität etc. aufweisen wie Schweizerinnen und Schweizer, sie sich in der gleichen Situation befinden.“<sup>2</sup>

Das Bundesamt für Migration unterscheidet drei Formen von Integration, die strukturelle, die kulturelle und soziale sowie die politische Integration:

„Integration ist in erster Linie eine Herausforderung für die bestehenden Strukturen – Schule, Berufsbildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, soziale Sicherheit usw. Die so genannte **strukturelle Integration** soll gewährleisten, dass sich Migrantinnen und Migranten Zugang zu diesen Bereichen verschaffen können. Eine Ausländerintegrationspolitik und –förderung kann hier insbesondere Koordinationsaufgaben übernehmen und in finanzieller Hinsicht ergänzende Massnahmen ins Auge fassen. Von der strukturellen Integration unterschieden wird die **kulturelle und soziale Integration**, die sich im Bereich des gesellschaftlichen Lebens oder Zusammenlebens generell abspielt, etwa im Quartier oder in der Gemeinde, und die auf das Verständnis der Grundwerte, der Regeln und der Rechtsordnung zielt. Hier spielen insbesondere integrationspolitische Massnahmen der Gemeinden und Kantone eine Rolle. Unter **politischer**

<sup>2</sup> Bundesamt für Migration (EJPD), 2006, Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz, S. 8,\*

**Integration** werden schliesslich die Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen und der Besitz politischer Rechte verstanden.“<sup>3</sup>

Das heisst, dass Integration breit verstanden wird und alle Lebensbereiche umfasst.

## 5.2 Definition für Aarau

Für das gemeinsame Verständnis von Integration kann die Definition des Bundes sinngemäss übernommen werden:

In Aarau wird Integration verstanden als Chancengleichheit. Die Integration ist dann erfolgreich, wenn Migrant/innen in den verschiedenen Integrationsbereichen vergleichbare Kennzahlen aufweisen wie die Einheimischen.

Die eher abstrakte Definition von Integration dient als Grundlage für die Formulierung von Leitsätzen, Zielen und Massnahmen. Die Leitsätze sind in Kapitel 6.4 formuliert, die Ziele und Massnahmen im Kapitel 7.

# 6. Integrationsförderung

## 6.1 Integrationsförderung des Bundes

In der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA)\* werden die Grundsätze und Ziele der Integration wie folgt umschrieben:

<sup>1</sup> Die Integration ist eine Querschnittsaufgabe, welche von der Gesellschaft und den eidgenössischen, kantonalen, kommunalen und lokalen Behörden zusammen mit den Ausländerorganisationen wahrzunehmen ist.

<sup>2</sup> Sie umfasst alle Bestrebungen, die:

- a) das gegenseitige Verständnis zwischen der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung fördern;
- b) das Zusammenleben auf der Basis gemeinsamer Grundwerte und Verhaltensweisen erleichtern;
- c) Ausländerinnen und Ausländer mit dem Aufbau des Staates, den gesellschaftlichen Verhältnissen sowie den Lebensbedingungen in der Schweiz vertraut machen;
- d) günstige Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit, die Mitverantwortung und die Teilnahme der ausländischen Bevölkerung am gesellschaftlichen Leben schaffen.

<sup>3</sup> Sie setzt sowohl die Bereitschaft der Ausländerinnen und Ausländer zur Eingliederung in die Gesellschaft als auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung voraus.“<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> dito, S. 9,\*

<sup>4</sup> Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA), Stand 25. Oktober 2005,\*

Der Integrationsbericht des Bundesamtes für Migration\* als Grundlage für die Umsetzung des Gesetzauftrages wurde in Zusammenarbeit mit allen für Integrationsfragen relevanten Bundesämtern erarbeitet (séco, are, BAG, BBT, EKA). Er enthält 45 Massnahmen, die vom Bundesrat verabschiedet wurden.

Ziel aller Massnahmen soll die Chancengleichheit sein. Die Massnahmen sollen in erster Linie in den Regelstrukturen, d.h. im Rahmen des bestehenden Systems, z.B. Schule, umgesetzt werden. Schwerpunkte bilden Sprache und Bildung (vor allem bei schlecht erreichbaren Zielgruppen), die Einrichtung von Informations-, Anlauf- und Scharnierstellen sowie die interkulturelle Übersetzung und die Durchführung von Modellvorhaben (Projekte von bundesweitem Interesse).

## 6.2 Integrationsförderung im Kanton Aargau

Der Grosse Rat hat am 13. September 2005 folgende Leitsätze für die Integration verabschiedet:

- „Die Einrichtung einer verwaltungsexternen Fachstelle (Kompetenzzentrum) als Ansprechstelle für alle integrationsrelevanten Fragen und Angebote.
- Die Verpflichtung von Migrantinnen und Migranten zur Erbringung einer Eigenleistung für ihre Integration, indem sie die Gesetze und gesellschaftlichen Regeln respektieren.
- Die Verpflichtung von Migrantinnen und Migranten sich Deutschkenntnisse anzueignen, die den täglichen Umgang mit der Gesellschaft und den Behörden ermöglichen. In Fällen von erheblichen Integrationsdefiziten sollen Massnahmen in einer Vereinbarung festgehalten und die Bewilligungserteilung an einen erfolgreichen Abschluss eines Deutsch- bzw. Integrationskurses geknüpft werden.
- Die familienergänzende Kinderbetreuung soll gefördert werden.
- Integrations-Zusatzmassnahmen in der Schule bei einem Anteil von mehr als 30% anderssprachiger Schüler pro Klasse. Förderung der heimatlichen Sprache und Kultur (HSK).

Die Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Ausländerrecht (EGAR)\* sieht zudem vor, dass der Kanton für Integration finanzielle Beiträge ausrichten, eine regierungsrätliche Integrationskommission einsetzen und Integrationsvereinbarungen eingehen kann.“<sup>5</sup>

Zurzeit ist der Kanton (Koordinationsstelle für Integration, Migrationsamt) daran, Verhandlungen zum Aufbau eines Kompetenzzentrums Integration (Fachstelle) zu führen sowie ein Sprachförderkonzept zu erarbeiten, in welchem festgelegt wird, welche Anbieter und Kursangebote unterstützt werden sollen. Zudem wird der Regierungsrat bis Ende 2007 die Zuständigkeiten und das Verfahren für die Aushandlung von Integrationsvereinbarungen festlegen. Ähnlich wie bei der Kultur oder in der Jugendarbeit übernimmt der Kanton die Koordination und Vernetzung, während die konkrete Umsetzung den Gemeinden vor Ort obliegt.

---

<sup>5</sup> <http://www.ag.ch/migrationsamt/de/pub/angebote/integration/dienstleistungen.php>



### 6.3 Integrationsförderung in Aarau

Der Stadtrat Aarau hat in seinem Stadtentwicklungskonzept Aarau 2005 neben dem Prinzip der Nachhaltigkeit und dem Ausbau urbaner Strukturen auch die Integration als einen Entwicklungsgrundsatz festgelegt. Diese drei Grundsätze sind in die Legislaturziele 2006-2010 übernommen worden. Der Entwicklungsgrundsatz zur Integration gilt für die gesamte Bevölkerung und wird wie folgt umschrieben:

„Erfolgreiches soziales Zusammenleben durch sicherheits- und integrationsfördernde Strukturen“.

Der vorliegende Bericht bildet die Grundlage zur Konkretisierung dieses Entwicklungsgrundsatzes in Bezug auf die Migrant/innen.

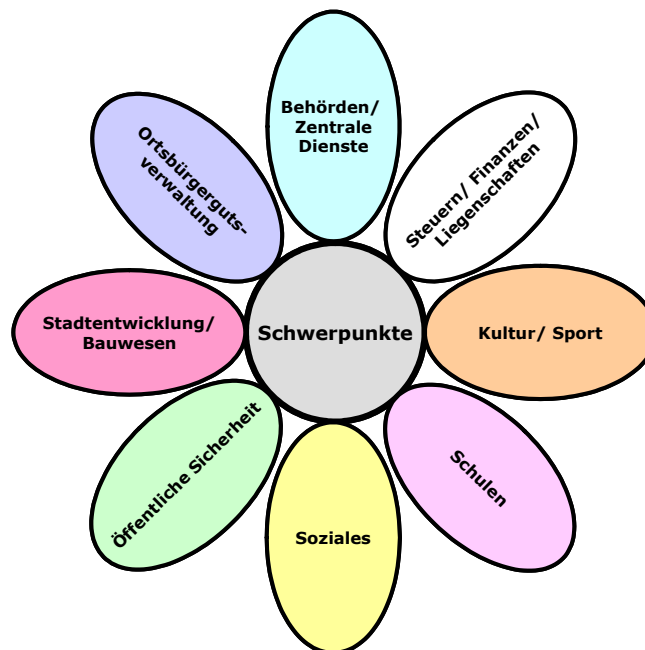
### 6.4 Leitsätze zur Integrationsförderung in Aarau

Die nachstehenden Vorschläge für Leitsätze bilden die Konkretisierung der Definition von Integration und des Entwicklungsgrundsatzes. Die Leitsätze ihrerseits dienen als Grundlage für die Formulierung von zielgerichteten Massnahmen.

- 1) **Wertschätzung und Respekt:** Der Stadtrat heisst Migrant/innen willkommen. Er respektiert die kulturelle Vielfalt und fördert Kontakte zwischen Einheimischen und Migrant/innen.
- 2) **Fördern und fordern:** Der Stadtrat unterstützt die Migrant/innen in ihren Integrationsbemühungen mit geeigneten Angeboten. Er teilt den Migrant/innen mit, welche Integrationsleistungen er von ihnen erwartet (z.B. Erlernen der deutschen Sprache, Respektierung der geltenden Regeln usw.).
- 3) **Chancengleichheit:** Der Stadtrat unterstützt Angebote, die den chancengleichen Zugang von Migrant/innen in allen Lebensbereichen fördern wie Frühförderung, Schule, Berufsbildung, Arbeitsmarkt, Wohnen, Gesundheit, soziale Sicherheit, Kultur, Freizeit und Sport.
- 4) **Subsidiarität und Zusammenarbeit:** Der Stadtrat baut seine Integrationsarbeit auf den Vorgaben von Bund und Kanton auf (Verbundaufgabe). Er arbeitet mit den Migrantenorganisationen, den Institutionen und interessierten Personen sowie den kantonalen und eidgenössischen Stellen der Integrationsarbeit zusammen, macht die Angebotsplanung, koordiniert die Angebote und informiert die Zielgruppen.
- 5) **Querschnittsaufgabe:** Der Stadtrat nimmt die Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe wahr und fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit, innerhalb der Verwaltung wie auch ausserhalb. Er stellt die nötigen Ressourcen zur Verfügung, überprüft die Wirksamkeit der Massnahmen und beobachtet die Entwicklung.

## 7. Analyse und Lösungsansätze

Im Rahmen von WOSA<sup>6</sup> hat der Stadtrat die Verwaltungsaufgaben in Schwerpunkte und Produktgruppen zusammengefasst und den Politikplan ebenso wie den Voranschlag und die Jahresrechnung darauf aufgebaut. Es ist deshalb sinnvoll, für den Integrationsbericht, wo immer möglich, diese Struktur zu übernehmen.

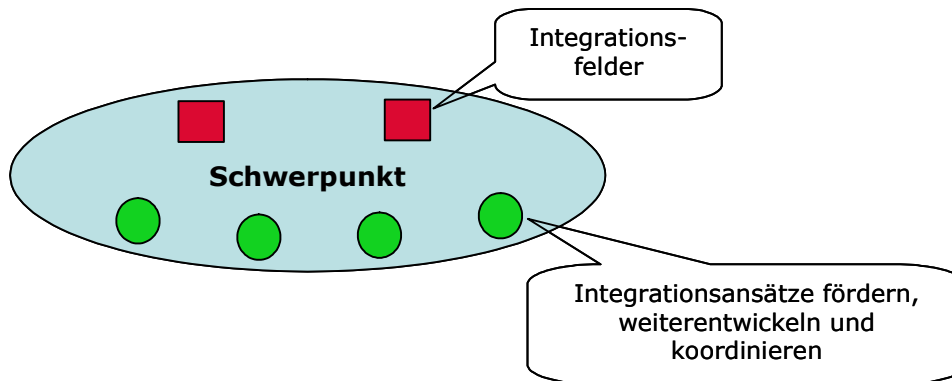


Die Analyse baut auf den Schwerpunkten und den dazu gehörenden Produktgruppen auf. Die Produktgruppen werden nur dort im Detail beschrieben, wo es der Übersichtlichkeit dient.

Die Analyse der einzelnen Schwerpunkte wird aufgeteilt in

- **Feststellungen in Aarau**  
Beschreibung der wichtigsten Feststellungen aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen und den geführten Gesprächen.
- **Feststellungen und Erfahrungen andernorts**  
Informationen, integrationsfördernde Faktoren, Feststellungen und Erfahrungen aus anderen Städten, Kantonen und beim Bund.
- **Integrationsfelder**  
Beschreibung möglicher Integrationsfelder und Massnahmenvorschläge sowie bestehender Integrationsansätze, die weiterhin zu fördern, weiterzuentwickeln und zu koordinieren sind. Die Massnahmenvorschläge sind mit einem roten Quadrat bezeichnet, die bestehenden Integrationsansätze mit einem grünen Punkt.

<sup>6</sup> WOSA: Wirkungsorientierte Stadtverwaltung Aarau



- **Gute Beispiele andernorts**  
Erwähnung von erfolgreichen Massnahmen in anderen Städten und Kantonen.

## 7.1 Behörden/ Zentrale Dienste

Zum Schwerpunkt Behörden/ Zentrale Dienste gehören folgende Produktgruppen:

- PG 01 Politische Führung
- PG 02 Stadtkanzlei
- PG 03 Stadtbüro
- PG 04 Organisation und Informatik
- PG 05 Regionales Zivilstandsamt

### 7.1.1 Feststellungen in Aarau

- In den letzten fünf Jahren befassten sich drei Vorstösse des Einwohnerrates mit dem Thema Migrant/innen und Integration.<sup>7</sup>
- Die letzte Studie, die der Stadtrat zum Thema Migrant/innen in Auftrag gab, stammt aus dem Jahr 1994.<sup>8</sup> Die Broschüre „Willkommen in Aarau“ ist längst veraltet und wird nicht mehr abgegeben.
- Der Stadtrat hat im Quartierentwicklungsprojekt „Allons-y Telli!“ (2001-2006) u.a. Integrationsdefizite von Migrant/innen festgestellt und gezielt Massnahmen zur Verbesserung der Situation eingeleitet.
- Die Stadt Aarau bietet keine speziellen Sprach- und Integrationskurse an. Es gibt ausser dem Entsorgungsplan keine in verschiedene Sprachen übersetzte Informationen, auch nicht auf der Homepage.
- Es werden keine speziellen Kontakte zu Migrantorganisationen und Religionsgemeinschaften gepflegt. Das Potenzial der Migrant/innen zur Integrationsförderung wird wenig genutzt.

<sup>7</sup> Motion „Erfolgreiches Zusammenleben durch integrationsfördernde Strukturen“\*  
Anfrage „Deutsch als Zweitsprache im Kindergarten – Neuregelung der Pensenzuteilung“\*  
Anfrage „Herkunft und Organisation von jugendlichen Gewalttätern“\*

<sup>8</sup> „Ausländerinnen und Ausländer in Aarau“, 1994, Stadtrat Aarau (Hrsg.)\*

- Dem in den Legislaturzielen 2006-2010 des Stadtrates postulierten Entwicklungsgrundsatz „Erfolgreiches soziales Zusammenleben durch sicherheits- und integrationsfördernde Strukturen“ folgt kein Umsetzungskonzept. Es gibt keine Stelle, die für Fragen der Integration zuständig ist und diese Querschnittsaufgabe in der Verwaltung und nach aussen wahrnimmt.
- Von 584 bei der Stadt Beschäftigten haben 15 Kaderleute (vor allem im Kulturbereich und in den Altersheimen) und 28 Basismitarbeitende (vor allem Raumpflege und in den Altersheimen) einen ausländischen Pass (7%). Es gibt keine Strategie der Wertschätzung und Nutzung kultureller Vielfalt<sup>9</sup> in der Verwaltung. Weiterbildung zum Thema Migration/ Integration findet kaum statt. Migrant/innen sind in den meisten Kommissionen nicht vertreten.

**Statistische Angaben**

<b>Gesamtbevölkerung</b>	<b>Anzahl</b>	<b>%</b>	<b>Anzahl</b>	<b>%</b>
	2003	2003	2006	2006
<b>Migrant/innen</b>	3'185	20.5%	2'993	19.1%
<b>Schweizer/innen</b>	12'352	79.5%	12'662	80.9%
<b>Total</b>	15'537	100.0%	15'655	100.0%

<b>Herkunft</b>	<b>Anzahl</b>	<b>%</b>	<b>Anzahl</b>	<b>%</b>	Die Prozentzahlen beziehen sich auf die jeweilige Gesamtbevölkerung.
	2003	2003	2006	2006	
<b>Ehem. Jugosl.</b>	927	6.0%	745	4.8%	
<b>Deutschland</b>	422	2.7%	531	3.4%	
<b>Italien</b>	507	3.3%	456	2.9%	
<b>Türkei</b>	274	1.8%	271	1.7%	
<b>Sri Lanka</b>	181	1.1%	160	1.0%	
<b>Spanien</b>	156	1.0%	105	0.7%	
<b>Portugal</b>	92	0.6%	101	0.6%	
<b>Verschiedene (85 Nationen)</b>	626	4.0%	624	4.0%	
<b>Total</b>	3'185	20.5%	2'993	19.1%	

<sup>9</sup> Die Wertschätzung, gezielte Wahrnehmung sowie Nutzung von Verschiedenheit wird mit dem Begriff diversity managing umschrieben, z.B. Einstellung von Secondos oder Secondas in der Verwaltung, Nutzen der Mehrsprachigkeit von Mitarbeiter/innen, Förderung der interkulturellen Kompetenz usw.

Konfession	Anzahl	%	Anzahl	%	Die Prozentzahlen beziehen sich auf die jeweilige Gesamtbevölkerung.
	2003	2003	2006	2006	
<b>Ref., ev.luth.</b>	6'286	40.5%	5'953	38.0%	
<b>Röm.katholisch</b>	4'302	27.7%	4'167	26.6%	
<b>Konfessionslos</b>	2'661	17.1%	3'144	20.1%	
<b>Muslime</b>	899	5.8%	961	6.1%	
<b>Orthodoxe</b>	483	3.1%	513	3.3%	
<b>Hindu</b>	180	1.1%	186	1.2%	
<b>Buddhismus</b>	107	0.7%	114	0.7%	
<b>Andere</b>	619	4.0%	617	4.0%	
<b>Total</b>	15'537	100%	15'655	100%	

Altersaufbau Migrant/innen	Anzahl	%	Anzahl	%	Die Prozentzahlen beziehen sich auf die jeweilige Gesamtbevölkerung im gleichen Altersabschnitt
	2003	2003	2006	2006	
<b>00-10-jährig</b>	343	29.6%	291	25.7%	
<b>10-20-jährig</b>	353	25.0%	266	20.2%	
<b>20-30-jährig</b>	531	23.2%	501	20.9%	
<b>30-40-jährig</b>	711	29.9%	700	27.5%	
<b>40-50-jährig</b>	577	24.6%	560	24.0%	
<b>50-60-jährig</b>	352	17.5%	361	17.9%	
<b>60-70-jährig</b>	202	13.7%	191	12.0%	
<b>70-80-jährig</b>	90	6.7%	94	7.3%	
<b>80 und älter</b>	26	2.3%	29	2.4%	
<b>Total</b>	3'185		2'993		

Migrant/innen nach Quartieren	Anzahl	%	Anzahl	%	Die Prozentzahlen beziehen sich auf die jeweilige Gesamtbevölkerung im Quartier
	2003	2003	2006	2006	
<b>Altstadt, Schachen und Damm</b>	701	26.8%	628	23.3%	
<b>Telli</b>	1'224	29.6%	1'147	27.0%	
<b>Zelgli, Binsenhof</b>	225	8.3%	203	8.1%	
<b>Gönh., Goldern</b>	572	14.9%	561	14.5%	
<b>Aarau Nord</b>	463	21.9%	454	20.5%	
<b>Migrantenkinder 0-10 Jahre</b>					
<b>Altstadt, Schachen und Damm</b>	61	35.8%	49	30.1%	
<b>Telli</b>	175	47.0%	149	42.7%	
<b>Zelgli, Binsenhof</b>	15	7.0%	9	4.0%	
<b>Gönh., Goldern</b>	52	20.0%	46	18.7%	
<b>Aarau Nord</b>	40	23.7%	38	23.2%	

Die statistischen Angaben zeigen keine dramatischen Veränderungen. Es ist allerdings zu beachten, dass vergleichbare Zahlen erst seit 2003 vorliegen.

### 7.1.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts

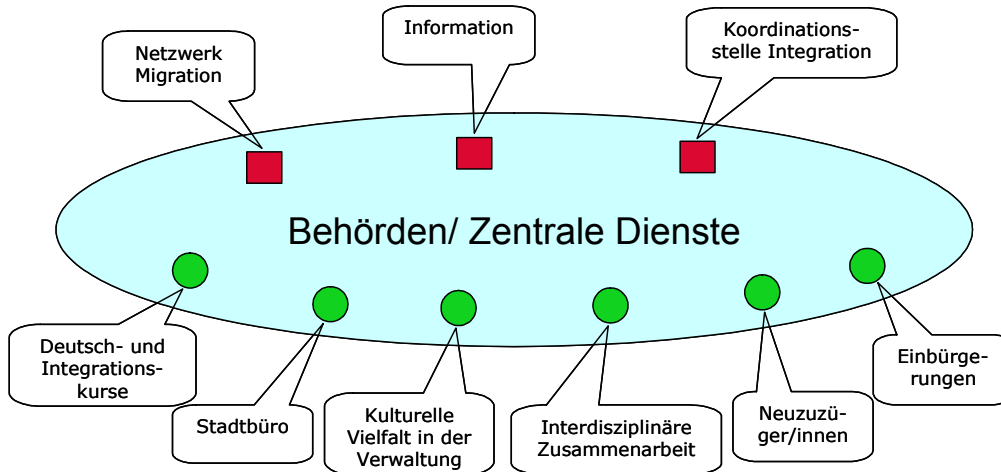
- Je rascher (Neuzuzug) und je früher (ab Geburt) Migrant/innen mit Integrationsangeboten erreicht werden, desto grösser ist die Chance einer erfolgreichen Integration. Die Angebote müssen den Zielgruppen angepasst sein.
- Von den Migrant/innen wird erwartet, dass sie sich um die Integration in die Aufnahmegesellschaft bemühen.
- Integration soll wo immer möglich in den Regelstrukturen<sup>10</sup> stattfinden.
- Sprachförderung, verknüpft mit Alltagsinformationen, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gelungene Integration (Sprach- und Integrationskurse). Städte und Kantone mit eigenen Kompetenzzentren Integration bieten neben allgemeiner Information auch Deutschkursberatung an.
- Der Kanton Aargau sieht im neuen EG Ausländerrecht (EGAR) vor, dass die Erteilung und Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung an die Bedingung eines erfolgreich absolvierten Sprach- und Integrationskurses geknüpft werden kann.
- Die Kantone sind vom Bund aufgefordert, Sprachförderkonzepte zu erstellen (welche Angebote braucht es, welche Anbieter werden unterstützt usw.).  
Im Kanton Aargau läuft die Konzeption bereits (Koordinationsstelle für Integration, Migrationsamt).
- Wichtige Informationen werden übersetzt, bei Gesprächen (z.B. Schule, Spital, Sozialdienst) interkulturelle Übersetzer/innen eingesetzt, spezielle Informationsveranstaltungen durchgeführt, Deutschkursberatung angeboten usw., um die Integration gezielt zu fördern.
- Kontakte von Behörden und Verwaltung zu den Migrantenorganisationen und -gruppierungen sind wichtig für eine erfolgreiche Integration (Schlüsselpersonen als Autoritäten und Mittelpersonen bei den eigenen Landsleuten, Zugang zu Informationen).
- In vielen Städten ist das Thema Integration Chefsache und beim Stadtpräsidium angesiedelt. Als strategische Grundlage dient in der Regel ein Integrationsleitbild.
- Integration wird als Querschnittsaufgabe verstanden, die in Zusammenarbeit der verschiedenen Abteilungen (interdisziplinär) wahrgenommen wird (Stadtentwicklung, Soziales, Schule, Polizei usw.). In den Kantonen und grösseren Städten werden Integrationsbeauftragte eingesetzt zur Koordination der Integrationsaufgaben in der Verwaltung, aber auch nach aussen (Netzwerk Migration).

---

<sup>10</sup> Mit Regelstrukturen sind diejenigen staatlichen Stellen gemeint, die für eine bestimmte Aufgabe zuständig sind (z.B. Schule, Sozialdienst, Berufsberatung, RAV, Stadtbüro usw.).

### 7.1.3 Integrationsfelder

Die nachstehende Grafik zeigt, wo mögliche Integrationsfelder im Schwerpunkt Behörden/ Zentrale Dienste sind. Rote Quadrate bedeuten Integrationsfelder mit Massnahmenvorschlägen, die umgesetzt werden sollten, grüne Punkte zeigen Angebote und Massnahmen, die bereits (teilweise) vorhanden sind und entsprechend gefördert, weiterentwickelt und koordiniert werden sollten.



#### Beschreibung der Massnahmenvorschläge

■ Netzwerk Migration	
<b>Zielsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Stadtrat pflegt den Kontakt mit den Migrantenorganisationen und den Religionsgemeinschaften und bringt ihnen die nötige Wertschätzung entgegen.</li> <li>- Der Stadtrat bezieht die Migrantenorganisationen und Religionsgemeinschaften in seine Integrationsbemühungen mit ein.</li> </ul>
<b>Massnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kommunikationsgefäss schaffen, z.B. Integrationskonferenz (vgl. auch 8. Strukturen).</li> <li>- Netzwerk mit Schlüsselpersonen aufbauen.</li> </ul>
<b>Zuständigkeit</b>	Stadtrat, Koordinationsstelle Integration <sup>11</sup>
<b>Bemerkungen</b>	Es gibt verschiedene Personen und Organisationen, die den Aufbau eines Netzwerkes Migration unterstützen können (Drehscheibe Vereine und Migration, Migrant/innenraum Aargau, Hilfswerke, Koordinationsstelle für Integration des Kantons Aargau, Aarg. Interreligiöser Arbeitskreis AIRAK* usw.).

<sup>11</sup> Die Koordinationsstelle Integration wird aufgeführt, wenn Aufgaben und Zuständigkeit keiner Stelle zugewiesen werden können.

<b>Information</b>	
<b>Zielsetzung</b>	Migrant/innen erhalten die für die Integration wichtigen Informationen.
<b>Massnahmen</b>	Informationskonzept Integration erarbeiten (welche Informationen werden von wem, wie, wem weitergegeben?) und umsetzen.
<b>Zuständigkeit</b>	Koordinationsstelle Integration, Stabsstelle Kommunikation
<b>Bemerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Informationsmittel sollten auf die Zielgruppen abgestimmt sein (Homepage, Broschüre, Veranstaltungen mit Übersetzer/innen und Schlüsselpersonen usw.).</li> <li>- Migrant/innen beiziehen bei der Erarbeitung des Konzepts.</li> <li>- Es gibt viele gute Beispiele und Unterlagen in anderen Städten und Kantonen. Auskunft erteilen die Integrationsdelegierten und die Kompetenzzentren Integration.*</li> </ul>

<b>Koordinationsstelle Integration</b>	
<b>Zielsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Integrationsbemühungen in der Stadt Aarau werden koordiniert, Synergien und Ressourcen genutzt.</li> <li>- Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren in der Integrationsarbeit funktioniert.</li> </ul>
<b>Massnahmen</b>	- Schaffung einer Koordinationsstelle Integration.
<b>Zuständigkeit</b>	Stadtrat, Leiter Personalwesen
<b>Bemerkungen</b>	Vgl. auch 8. Strukturen

**Weiterhin fördern, weiterentwickeln, koordinieren:**

- **Deutsch- und Integrationskurse:** Übersicht über die Angebote erstellen und die Informationen den Migrant/innen und wichtigen Institutionen in der Integrationsarbeit zur Verfügung stellen. Prüfen, ob es für schlecht erreichbare Zielgruppen spezielle Angebote braucht, z.B. Jugendliche und Frauen, die im Rahmen des Familiennachzugs einreisen. Die Arbeit sollte in enger Zusammenarbeit mit der kantonalen Koordinationsstelle für Integration gemacht werden.
- **Stadtbüro:** Das Stadtbüro eignet sich als zentrale Anlauf- und Informationsstelle für Migrant/innen. In Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle Integration die Informationen aufbereiten und aktualisieren.



- **Kulturelle Vielfalt in der Verwaltung (diversity managing):** In der Stadtverwaltung die kulturelle Vielfalt nutzen und gezielt einsetzen, z.B. Mehrsprachigkeit, vermehrte Anstellung von Migrant/innen. Durch gezielte Weiterbildung die interkulturellen Kompetenzen von Mitarbeiter/innen fördern (z.B. Stadtbüro, Soziale Dienste, Polizei usw.).
- **Interdisziplinäre Zusammenarbeit:** Integrationsförderung verlangt interdisziplinäre Zusammenarbeit. Dies gilt für die Umsetzung von Massnahmen (z.B. Information, Koordinationsstelle Integration, Stadtentwicklung, Arbeits- und Beschäftigungsplätze usw.) ebenso wie für die Lösung von Problemen (z.B. Jugendgewalt, Vandalismus, häusliche Gewalt usw.). Der Runde Tisch gegen Jugendgewalt ist ein guter Ansatz.
- **Neuzuzüger/innen:** Neuzuzügeranlässe benutzen, um Migrant/innen willkommen zu heissen und ihnen wichtige Informationen über den Lebensalltag in Aarau zu geben, speziell auch über Sprach- und Integrationskurse. Neuzuzügercouvert benutzen für wichtige Informationen.
- **Einbürgerungen:** Bei Bedarf einbürgerungswillige Migrant/innen unterstützen (z.B. Sprache, Staatskunde, Vorbereitung auf das Gespräch in der Einbürgerungskommission usw.). Migrant/innen beziehen (Netzwerk Migration).

#### 7.1.4 Gute Beispiele andernorts

- ⊗ Integrationskonzepte der Städte Wil und Olten, des Kantons und der Stadt Schaffhausen\*
- ⊗ Fachstelle Integration in Baden
- ⊗ Homepage der Stadt Winterthur (Begrüssung der Migrant/innen in verschiedenen Sprachen durch den Stadtpräsidenten), Deutsch- und Integrationskurse „Leben in Winterthur“
- ⊗ Neuzuzügeranlässe der Stadt Basel (mit Video)
- ⊗ Integrationskurse für Frauen, für Jugendliche und junge Erwachsene in der Stadt Zürich
- ⊗ Deutschkursberatung in Zürich und Winterthur
- ⊗ Kurse für bildungsferne Migrantinnen mit Kindern im Vorschulalter „LIG-Lernen in der Gemeinde“, Olten\*
- ⊗ Badenfahrt: Einbezug der Migrantorganisationen, Zelt der Religionen
- ⊗ Tag der offenen Moscheen im Aargau (2007)
- ⊗ Informationen des spanischen Sozialdienstes zu Alltagsfragen („Asamblea“\*)

## 7.2 Steuern/ Finanzen/ Liegenschaften

Zum Schwerpunkt Steuern/ Finanzen/ Liegenschaften gehören folgende Produktegruppen:

PG 10 Steuern

PG 12 Finanzen/ Liegenschaften

PG 13 Kapitaldienst  
PG 14 Gesetzliche Beiträge  
PG 15 Abschreibungen  
PG 17 Liegenschaften Verwaltungsvermögen  
PG 18 Liegenschaften Finanzvermögen

### 7.2.1 Feststellungen in Aarau

- An den Schaltern (Finanzen, Steuern) gibt es laut Aussagen des/der Abteilungsvorstehers/in keine speziellen Verständigungsprobleme. Verschiedene Schalterdienste sind neu im Stadtbüro untergebracht.
- Das Steueramt füllt keine Steuererklärungen mehr aus. Migrant/-innen erhalten gemäss Steueramt Unterstützung von Angehörigen und Bekannten sowie von Gewerkschaften und Ausländerberatungsstellen. Die Qualität der ausgefüllten Steuererklärungen unterscheidet sich nicht von denen der Schweizer/innen.<sup>12</sup>
- 10% der Wohnungen des Finanzvermögens sind an Migrant/innen vermietet.

Aus der Sicht der Verantwortlichen gibt es in diesem Schwerpunkt keine nennenswerten Probleme und auch keinen Handlungsbedarf.

## 7.3 Kultur/ Sport

Zum Schwerpunkt Kultur/ Sport gehören folgende Produktegruppen:

PG 20 Kultur  
PG 21 Stadtmuseum Schlössli  
PG 22 Kultur- und Kongresshaus  
PG 23 Stadtbibliothek  
PG 26 Sportbeiträge

### 7.3.1 Feststellungen in Aarau

#### a) Kultur

- Stadtbibliothek, Museum Schlössli, Forum Schlossplatz und Theater Tuchlaube betrachten das Thema Migration/ Integration als wichtigen Teil der Kultur und haben entsprechende Veranstaltungen im Programm. Kinder und Jugendliche sind ein wichtiges Zielpublikum. Alle vier Institutionen haben deshalb auch Angebote für Schulklassen, welche rege benützt werden.
- Die Stadtbibliothek möchte eine Integrationsbibliothek\* werden (Leseförderung als Integrationsmassnahme).
- In der „jungen“ Kultur (Jugendkulturhaus, Wenk, KIFF, Parlament, OpenAirs usw.) sind Schweizer/innen und Migrant/innen gut vertreten. Ein vielfältiges Angebot ist wichtig, damit verschiedene Zielgruppen/ Szenen angesprochen werden. Junge möchten ihre Projekte rasch verwirklichen, ohne grossen administrativen Aufwand.
- Es existieren verschiedene Migrantorganisationen und Religions-

---

<sup>12</sup> Der Anteil Steuereinnahmen der Migrant/innen konnte wegen Personalengpässen beim Steueramt nicht ermittelt werden.

gemeinschaften, welche in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen werden.

- Es gibt viele Initiativen, Projekte und Institutionen, die sich mit dem Thema Migration/ Integration befassen, Kulturschaffende fördern und Kontakte pflegen (Kunstraum, Kroneatelier, Q-Zeitung, Frauenzentrum, Kanal K, MigrantInnenraum Aargau, Drehscheibe Vereine und Migration, Quartierverein und GZ Telli usw.).

### **b) Sport**

- Migrantinnen sind in vielen Sportarten deutlich untervertreten.
- Je nach Sportart beteiligen sich mehr oder weniger Migrant/innen.
- Fussball ist bei Migranten sehr beliebt. Beim FCA spielen beim Nachwuchs ca. 250 Kinder und Jugendliche aus der Region, davon sind ca. 50% Migrant/innen. Es gibt mehrere „Nationalitätenclubs“ (Mladost, Masis usw.), z.T. verfügen sie über zu wenig Trainingsplätze und-zeiten.
- Für „wilden“ Fussball sollten genügend Plätze vorhanden sein, die benutzt werden dürfen (niederschwelliger Zugang). Offen zugängliche Infrastrukturen sind wichtig, weil viele Jugendliche nicht in einem Verein mitmachen wollen, z.B. Skaterplatz, Fussballfelder, Basketballkörbe usw.
- Ausser dem Rolling Rock und dem Hallenbad gibt es keine Sportanlagen, die bei Regen benutzt werden können, ohne Mitglied in einem Verein zu sein (z.B. Benutzung von Turnhallen).
- MuKi-Turnen hat wenig Migrantenkinder (Ausnahme: Telli<sup>13</sup>).
- Aarau eusi gesund Stadt erreicht viele Migrantenkinder in den Schwimmkursen. Durch Kontakte zu Migrantenorganisationen via Schlüsselpersonen wird Vertrauen geschaffen und die Eltern motiviert, ihre Kinder zu schicken (z.B. Tamil/innen).

## **7.3.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts**

### **a) Kultur**

- Kultur als Ort der Begegnung, sich kennen lernen, Kontakte knüpfen, dazu gehören, wird als wichtiger „Türöffner“ zur Integration angesehen und entsprechende Projekte werden unterstützt (Theater, Film, Lesungen usw.).
- Bemühungen, das Verständnis und das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Migrant/innen zu fördern, werden verstärkt (z.B. Information über Kulturen und Religionen, interkulturelle Feste und Veranstaltungen).
- Den Vereinen wird ein grosses Integrationspotenzial zugeschrieben und deren Öffnung für Migrant/innen gefördert.

### **b) Sport**

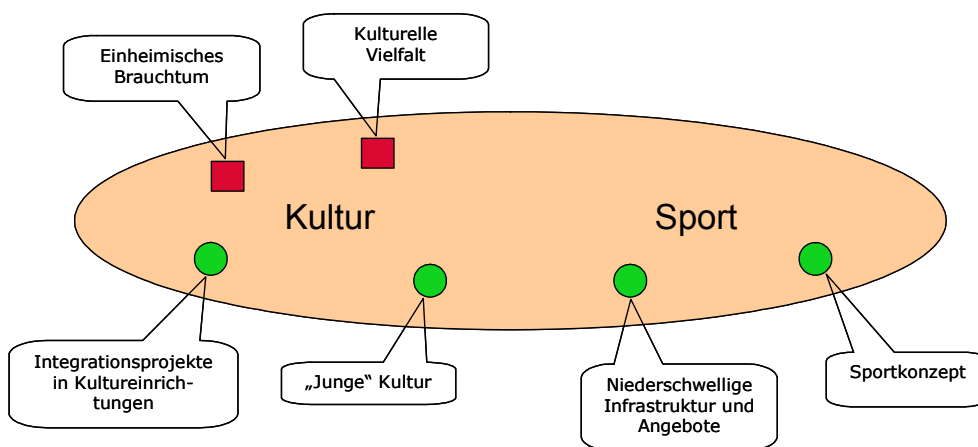
- Sport als Chance zur Integration wird gefördert, in Vereinen, aber auch unorganisiert und leicht zugänglich.

<sup>13</sup> Im Rahmen von Allons-y Telli! konnten viele Migranteneitern und -kinder für das MuKi-turnen gewonnen werden.

- Leiter/innen und Trainer/innen in Vereinen werden in ihrer Aufgabe unterstützt (Interkulturelle Fortbildung, Umgang mit Konflikten, Coaching usw.).
- Organisation von Sportanlässen, an denen Kinder und Jugendliche mitmachen, die nicht Mitglieder von Vereinen sind (Streetsoccer, Inlineskating, Midnightbasketball, Fussball, HipHop usw.).

### 7.3.3 Integrationsfelder

Die nachstehende Grafik zeigt, wo mögliche Integrationsfelder im Schwerpunkt Kultur/ Sport sind. Rote Quadrate bedeuten Integrationsfelder mit Massnahmenvorschlägen, die umgesetzt werden sollten, grüne Punkte zeigen Angebote und Massnahmen, die bereits (teilweise) vorhanden sind und entsprechend gefördert, weiterentwickelt und koordiniert werden sollten.



### Beschreibung der Massnahmenvorschläge

■ Einheimisches Brauchtum	
<b>Zielsetzung</b>	Migrant/innen in Aarau wissen über die einheimischen Bräuche Bescheid.
<b>Massnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Übersetzung von Informationen über die verschiedenen Bräuche in Aarau, z.B. Maienzug, Bachfischet, 1. August usw.</li> <li>- Information der Migrant/innen über geeignete Kanäle (Migrantenorganisationen, Schlüsselpersonen, Internet usw.).</li> </ul>
<b>Zuständigkeit</b>	Stabsstelle Kommunikation, Stadtbüro, Info Aarau, Aarauer Schulbote, Koordinationsstelle Integration
<b>Bemerkungen</b>	In der Telli-Post werden jeweils die wichtigen Anlässe in verschiedenen Sprachen beschrieben.

■ <b>Kulturelle Vielfalt</b>	
<b>Zielsetzung</b>	Migrantenorganisationen wirken an kulturellen Veranstaltungen mit.
<b>Massnahmen</b>	Bei allen Veranstaltungen überlegen, wie die Migrantenorganisationen einbezogen werden können.
<b>Zuständigkeit</b>	Koordinationsstelle Integration, Organisationskomitees, Migrantenorganisationen

**Weiterhin fördern, weiterentwickeln, koordinieren:**

**a) Kultur**

- **Integrationsprojekte in Kulturinstitutionen:** Weiterhin Projekte unterstützen, welche die Integration fördern, vor allem für Kinder und Jugendliche.
- **„Junge“ Kultur:** Weiterhin Projekte unterstützen (finanziell und beratend), in denen sich Junge, vor allem auch Secondos/as engagieren.

**a) Sport**

- **Sportkonzept:** Im Sportkonzept Integrationsaspekte berücksichtigen, wie Öffnung der Vereine, Förderung von Mädchensport, Unterstützung von interkultureller Fortbildung, Coaching von Trainer/innen und Leitungspersonen beim Umgang mit Konflikten usw. Sicherstellen, dass auch ausländische Vereine über genügend Trainingsmöglichkeiten verfügen.
- **Niederschwellige Infrastruktur und Angebote:**
  - Neben den Angeboten in den Vereinen sollten auch niederschwellige Angebote und Infrastruktur gefördert werden, z.B. Fussballfelder für „wilden“ Fussball<sup>14</sup>, Basketballfelder, Skaterplatz usw. und deren Zugänglichkeit sicher gestellt werden.
  - Gemeinsam mit Migrant/innen Anlässe organisieren und unterstützen, z.B. Streetsoccer, Basketball- oder Tanzturnier, Integrationsolympiade usw.
  - Abklären, wie Turnhallen Migrant/innen zugänglich gemacht werden können, die nicht in einem Verein Sport betreiben wollen (Problem der Aufsicht und Kontrolle).

<sup>14</sup> Von verschiedenen Befragten wurde bemängelt, dass die in den Quartieren zur Verfügung stehenden Fussballplätze oft gesperrt seien.

### 7.3.4 Gute Beispiele andernorts

#### a) Kultur

- ⊗ Integrationsbibliothek St. Gallen
- ⊗ Interkultureller Bücherkoffer, Buchs AG\*
- ⊗ Integrationswoche Winterthur\*
- ⊗ Mitwirkung der Migrantenorganisationen an der Badenfahrt
- ⊗ "Schweizer Mundart-Rap für Toleranz und Respekt"\*

#### b) Sport

- ⊗ "Sport-Verein-t" St. Gallen (Projekt für Fairness und Zukunft in allen St. Gallischen Sportverbänden und Sportvereinen)\*
- ⊗ Midnightbasketball in verschiedenen Städten
- ⊗ Integrationsolympiade, z.B. in Olten
- ⊗ Swiss Academy for Development SAD, „Begegnung durch Bewegung“\*
- ⊗ Integrationspreis EKA \*

## 7.4 Schulen

Zum Schwerpunkt Schulen gehören folgende Produktgruppen:

PG 30 Betrieb Volksschule

PG 31 Musikschule und Kadettenmusik

### 7.4.1 Feststellungen in Aarau

In diesem Kapitel werden auch Themen wie die Frühförderung, die Situation bei spät immigrierten Jugendlichen, die Schnittstelle Schule/ Berufsbildung und die Elternbildung beschrieben, obwohl sie nicht nur die Schule betreffen, aber Auswirkungen auf den Schulbetrieb haben. Es gibt keine Produktgruppen, denen diese Themen eindeutig zugeordnet werden können.

- Einen hohen Anteil an Migrantenkidern weisen die Kindergärten Schachen (57.9%), Telli (37,5%) und Aare (37.1%) auf. In der Realschule beträgt der Anteil 51.5%, in der Sekundarschule 22.2% und in der Bezirksschule 6.3% (Stand Mai 2007).
- Der Anteil der fremdsprachigen Kinder mit Schweizerpass nimmt zu. So hat z.B. das Tellischulhaus 45,7% Migrantenkinder, aber ca. 75% der Kinder sprechen nicht Deutsch als Muttersprache.
- Unterstützende Massnahmen wirken sich positiv auf den Schulunterricht aus (Schulsozialarbeit, gemeinsame Projekte [z.B. Schulaustag, Musical], Elternabende, MuKi-Deutsch, Deutschzusatz, Mittagstisch, Aufgabenhilfe, OS+<sup>15</sup>, Weiterbildung und Beratung von Lehrkräften usw.).

<sup>15</sup> OS+ unterstützt neu eintretende Migrantenkinder in der Bezirksschule und im Oberstufenschulhaus um sicherzustellen, dass sie richtig eingestuft werden.

- Eine einheitliche Schulhauskultur unterstützt die Integrationsbemühungen (klare Regeln sowie deren konsequente Durchsetzung, Mitwirkung der Schüler/innen, Einbindung der Eltern in die Erziehungsverantwortung usw.), z.B. im Tellischulhaus oder im OSA.
- Musik und Bewegung sind auch in der Schule wichtige Schlüssel zur Integration (sprechen alle Sinne an).
- Die Freizeit spielt eine wichtige Rolle für die Schüler/innen und deren Integrationsfähigkeit.
- Der Übergang zwischen Schule und Berufsbildung ist nach wie vor für diejenigen Jugendlichen kritisch, die keine Anschlusslösung haben.<sup>16</sup> Mit dem Projekt Casemanagement Berufsbildung erstellt der Kanton Aargau im Auftrag des séco\* ein Konzept, das sich speziell der Situation derjenigen Jugendlichen annimmt, die keinen Anschluss in der Berufsbildung finden.
- Spätmigrierte Jugendliche sind oft zu wenig vorbereitet für das Berufsleben (Sprache, Schulbildung, kulturelle Verschiedenheit usw.). Sie können zu wenig lange hier in die Schule gehen und fassen nicht Fuss in der Berufsausbildung. Zur schlechten Schulbildung und den mangelnden Sprachkenntnissen kommen häufig noch persönliche und familiäre Probleme dazu (vgl. auch 7.5 Soziales).
- Die in verschiedenen Sprachen erhältlichen Pro Juventute-Elternbriefe werden von Migranteneltern wenig verlangt.

#### **7.4.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts**

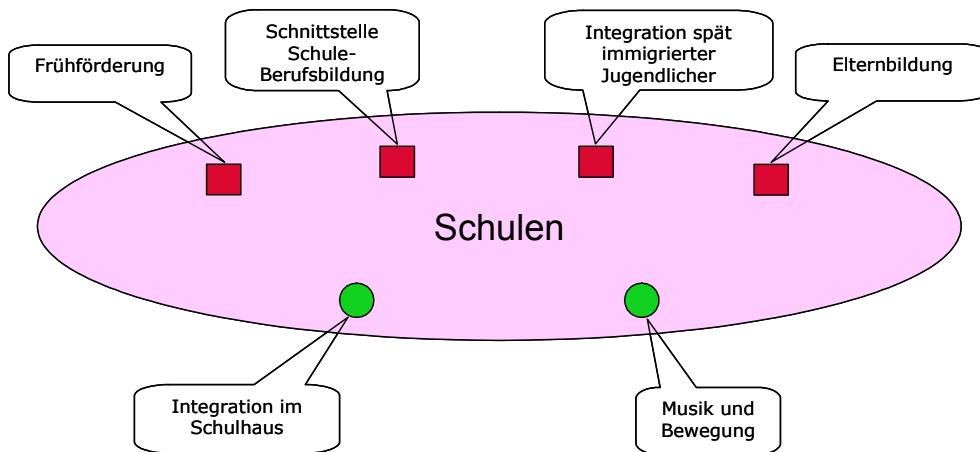
- Frühförderung (bis zum Kindergarten) erleichtert den Schuleinstieg (Spielgruppen, Muki-Deutsch, Mütterzentren, Kinderkrippen usw.). Die Städteinitiative Sozialpolitik erklärte in ihrer jüngsten Erklärung die Frühförderung von Kindern als zentrales Anliegen zur Bekämpfung von Armut.\*
- Zielgruppenspezifische Elternbildung (Sprache, Information, Erziehung usw.) verstärkt das Engagement der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder sowie für die Belange der Schule (z.B. FemmesTische).
- Unterstützungsmassnahmen ermöglichen den Lehrkräften, auch in Klassen mit hohem Ausländeranteil guten Unterricht zu bieten (z.B. QUIMS\* in Zürich)
- Klassenmusizieren\*, Orchesterlager etc. werden unterstützt zur Förderung von Teamgeist, Identifikation und damit Integration.
- Es gibt unzählige Brücken- und Unterstützungsangebote, aber keine konsequente Begleitung der Jugendlichen beim Übergang Schule – Berufsausbildung. Das Casemanagement Berufsbildung des séco\* soll in Zukunft in Zusammenarbeit mit den Kantonen diese Lücke füllen.

---

<sup>16</sup> Gemäss Schätzungen des BBT gibt es im Aargau ca. 200 Jugendliche pro Jahrgang ohne Anschlusslösung nach dem Schulabschluss.

### 7.4.3 Integrationsfelder

Die nachstehende Grafik zeigt, wo mögliche Integrationsfelder im Schwerpunkt Schulen sind. Rote Quadrate bedeuten Integrationsfelder mit Massnahmenvorschlägen, die umgesetzt werden sollten, grüne Punkte zeigen Angebote und Massnahmen, die bereits (teilweise) vorhanden sind und entsprechend gefördert, weiterentwickelt und koordiniert werden sollten.



#### Beschreibung der Massnahmenvorschläge

■ Frühförderung	
<b>Zielsetzung</b>	Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einschulung und Schulzeit für Migrantenkinder werden verbessert.
<b>Massnahmen</b>	Angebote für Migrantenkinder bis zum Kindergarten Eintritt aufbauen und fördern.
<b>Zuständigkeit</b>	Koordinationsstelle Integration, Migrantenorganisationen, Schlüsselpersonen, potenzielle Anbieter, ev. zukünftige Informationsstelle für Kinder- und Familienanliegen
<b>Bemerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Frühförderung wird auch vom Bund unterstützt (Modellvorhaben).</li> <li>- Wichtige Akteure bei der Frühförderung sind die Mütter-/Väterberatungsstelle mit der erweiterten Beratung (Mupaki)*, der Heilpädagogische Früherziehungsdienst, Müttergruppen, Spielgruppen usw.</li> <li>- Träger von Frühförderprojekten könnten die Kirchen, Hilfswerke (Caritas, Heks, SRK), Frauenzentrum, Kindercafé, Gemeinschaftszentrum Telli usw. sein.</li> </ul>



<b>■ Schnittstelle Schule und Berufsbildung</b>	
<b>Zielsetzung</b>	- Die Chancen auf eine adäquate Berufsbildung verbessern.
<b>Massnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gezielte Begleitung der Jugendlichen mit schlechten Chancen (Coaching, Casemanagement Berufsbildung usw.).</li> <li>- Kontakte mit Arbeitgebern (Lehrstellen, Projektarbeitsplätze usw.) vgl. auch Wirtschaftsförderung (Kap. 7.7).</li> <li>- Elternbildung (Information, Einbezug von Schlüsselpersonen usw.).</li> </ul>
<b>Zuständigkeit</b>	Schulleitung, Wirtschaftsförderung, Fachstelle Arbeit, Koordinationsstelle Integration.
<b>Bemerkungen</b>	Die Massnahmen sollten mit den Bemühungen des Kantons (Koordinationsstelle für Integrationsfragen, Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf [Junior Mentoring, Berufsberatung, Vitamin L usw.], Casemanagement Berufsbildung usw.) koordiniert werden. Das Angebot an Brücken- und Unterstützungsangeboten ist vielfältig. Es braucht nicht in erster Linie zusätzliche Angebote, sondern vor allem eine gezielte und konsequente Begleitung der Jugendlichen.

<b>■ Integration spät immigrierter Jugendlicher</b>	
<b>Zielsetzung</b>	Spät immigrierte Jugendliche verbessern ihre Chancen für die Schul- und Berufsbildung.
<b>Massnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Möglichst lückenlose Erfassung spät immigrierter Jugendlicher und soweit möglich schulische Eingliederung.</li> <li>- Absprache mit der kantonalen Koordinationsstelle für Integration bezüglich der Integrationsvereinbarungen, in welchen integrationsfördernde Massnahmen festgehalten werden können (Sprach- und Integrationskurse, Schulbildung, Berufsvorbereitung).</li> </ul>
<b>Zuständigkeit</b>	Koordinationsstelle Integration, kant. Koordinationsstelle für Integration

<b>■ Elternbildung</b>	
<b>Zielsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Kenntnisse der Eltern über unser Bildungs- und Berufssystem werden verbessert.</li> <li>- Die Erziehungsverantwortung der Eltern wird gefördert.</li> </ul>
<b>Massnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Adäquate Formen der Elternbildung anbieten.</li> <li>- Elternabende in der Schule mit Schlüsselpersonen und interkulturellen Übersetzer/innen organisieren.</li> <li>- Pro Juventute-Elternbriefe direkt abgeben.</li> </ul>
<b>Zuständigkeit</b>	Koordinationsstelle Integration, Schulleitung, Migrantenorganisationen
<b>Bemerkungen</b>	In vielen Gemeinden wird erfolgreich Elternbildung angeboten. An den Elternbildungsrunden wird über das Bildungssystem informiert, aber auch z.B. Fragen der Erziehung, Freizeitverhalten, Sucht usw. diskutiert. Auskünfte können das BKS (Interkulturelle Erziehung) oder die Integrationsdelegierten der Städte und Kantone geben.

**Weiterhin fördern, weiterentwickeln, koordinieren:**

- **Integration im Schulhaus:** Bisherige Massnahmen (Schulsozialarbeit, Muki-Deutsch, Aufgabenhilfe, Elternabende, Finanzierung von Schulhausanlässen usw.) beibehalten und nach Bedarf auf alle Schulhäuser ausdehnen.
- **Musik und Bewegung:** Musik- und Bewegungsprojekte weiterhin fördern, z.B. Klassenmusizieren\*<sup>17</sup>, Bewegungsparcours usw. in Zusammenarbeit mit Dritten, z.B. Aarau eusi gesund Stadt.

**7.4.4 Gute Beispiel andernorts**

- ⊗ Projekt Volksschule Zürich\*
- ⊗ Elternbildung in Buchs (Elternverein), Elternrunden in Suhr (in Zusammenarbeit mit dem BKS, Interkulturelle Erziehung)
- ⊗ „Stark durch Erziehung“\*, Elternbildung in verschiedenen Sprachen, Basel
- ⊗ Mobile Spielanimation Schwamendingen (auf öffentlichen Spielplätzen)
- ⊗ Femmestische (Biel, Winterthur, Caritas Aargau usw.)

<sup>17</sup> Das Klassenmusizieren wird vom BKS unterstützt.

- ⊗ Klassenmusizieren in Rheinfelden
- ⊗ Vitamin L Ausbildungspower (Kanton Aargau)\*
- ⊗ Mentoring für Jugendliche (durch Mitglieder des Seniorenrates), Baden.\*

## 7.5 Soziales

Zum Schwerpunkt Soziales gehören folgende Produktgruppen:

- PG 40 Gesetzliche Sozialarbeit
- PG 41 Freiwillige Sozialarbeit und Projekte
- PG 42 Jugend
- PG 43 Subventionen, Beiträge
- PG 46 Alter

### 7.5.1 Feststellungen in Aarau

#### a) Gesetzliche Sozialarbeit

- Die Gefährdungsmeldungen (Anzeigen bei der Vormundschaftsbehörde) bei Migrant/innen sind mit 42% hoch (vgl. auch 7.6 Öffentliche Sicherheit). Die Anträge auf Massnahmen (z.B. Beiratschaften) hingegen sind niedrig (14%), weil vermutlich der Familienverband eher selber zu seinen Angehörigen schaut und weniger Hilfe von aussen in Anspruch nimmt. (Zahlen: Stand Mai 2007).
- Vormundschaftliche Mandate werden zu 80% für Schweizer/innen und zu 20% für Migrant/innen geführt (Stand Juni 2007).
- Migrant/innen arbeiten teilweise zu schlechten Bedingungen (geringer Lohn, Arbeit auf Abruf) und müssen zusätzlich Sozialhilfe beziehen (Working Poor). Es fehlen sog. Nischenarbeitsplätze für Menschen, die nicht (mehr) in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.
- Migrant/innen sind in der Sozialhilfe überproportional vertreten (51.3%), vor allem im Alter bis zu 55 Jahren. Sehr viele Verheiratete beziehen Sozialhilfe (mehrere Kinder, kleines Einkommen, Working Poor). 75% der über 18-Jährigen haben keine Berufsausbildung, Die häufigsten Nationalitäten sind Türkei und ehem. Jugoslawien. In 90% der Fälle beträgt die Bezugsdauer von Sozialhilfe unter einem Jahr, was weit unter dem kantonalen Mittel liegt und am ehesten mit den erfolgreichen Integrationsmassnahmen der Fachstelle Arbeit, der Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips sowie den regelmässigen Kontakten mit den Sozialhilfebezüger/innen und der konsequenten Kontrolle begründet werden kann.<sup>18</sup>
- Gute Stellen im Versorgungsumfeld (Ausländerberatungsstellen der röm.kath. Landeskirche, Gewerkschaften, Beratungsstelle der Caritas, SRK-Folterzentrum, Procap usw.) unterstützen die Integrationsbemühungen der Sozialhilfe.

---

<sup>18</sup> Die Zahlen beziehen sich auf die Sozialhilfestatistik Sostat (2005), die im Auftrag des Bundes geführt wird.

- Bei Bedarf werden interkulturelle Übersetzer/innen<sup>19</sup> beigezogen.
- In der Sozialhilfe tauchen regelmässig junge Erwachsene zwischen 18 und 20 Jahren auf, die weder eine Ausbildung angefangen haben noch einer Arbeit nachgehen. Seit dem Schulabschluss sind wichtige Jahre verloren gegangen und der Integrationsprozess gestaltet sich entsprechend schwierig, da oft auch persönliche und familiäre Probleme vorhanden sind.
- Verbesserungsmöglichkeiten böten Sprach- und Integrationskurse vor allem für Frauen (Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt), bessere Benutzung und bedarfsgerechter Ausbau (z.B. für Schichtarbeiter/innen) des familienergänzenden Betreuungsangebots (Integration der Kinder, Flexibilität der Mütter auf dem Arbeitsmarkt), Arbeitsplätze für Menschen mit keiner oder schlechter Berufsbildung bzw. Nischenarbeitsplätze für Menschen, die nicht (mehr) in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.

## b) Freiwillige Sozialarbeit und Projekte

- Bei der **Familienergänzenden Kinderbetreuung** schwankt der Anteil Migrantenkinder zwischen 10-25% (Krippen und Horte) und 5-40% (Mittagstische).<sup>20</sup> Mentalität und Preis spielen eine wichtige Rolle (Zahlen: Stand Mai 2007).
- Bei der **Fachstelle Arbeit** waren 2006 53 Migrant/innen angemeldet (28.3%). Das familiäre Umfeld, Sucht sowie psychische Probleme erschweren die Arbeitsintegration. Immer mehr Menschen können nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden, aber es fehlen Beschäftigungsplätze, die den Menschen eine Struktur geben würden.
- **Schulsozialarbeit:** Sie spielt in den Schulhäusern eine zentrale Rolle und wird als wichtige Unterstützung bei den Themen Migration und Integration wahrgenommen. Verschiedene andere Schulhäuser (z.B. Bezirksschule, Schachen) wünschen sich ebenfalls Unterstützung durch die Schulsozialarbeit.

## c) Jugend

- Konflikte im öffentlichen Raum (öff. Raum auch als Sozialraum verstanden) nehmen zu, interdisziplinäre Zusammenarbeit ist wichtig (z.B. Runder Tisch gegen Jugendgewalt).
- Angebote für die 12-16-Jährigen fehlen, Räume, wo sie sich treffen und etwas machen können.
- Die Jugendkultureinrichtungen für die Jugendlichen ab 16 Jahren funktionieren gut. Konflikte verlagern sich in den öffentlichen Raum. Die Einrichtungen sind untereinander gut vernetzt und führen gemeinsame Projekte durch. Migrant/innen, vor allem viele Secondos/as nutzen die Angebote. Wichtig sind klare Regeln und deren

---

<sup>19</sup> Als interkulturelle Übersetzer/innen werden Personen bezeichnet, die in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Bildung speziell geschult sind für Übersetzungen bei Gesprächen. Sie werden von speziellen, vom Bund subventionierten Stellen vermittelt.

<sup>20</sup> Mit gezielten Aktionen und Sensibilisierungsarbeit zusammen mit der Schule im Rahmen des Projektes „allons-y Telli!“ konnte beim Mittagstisch Telli der Anteil Migrantenkinder auf über 40% gesteigert und auch gehalten werden.

konsequente Durchsetzung. Verschiedene Räume könnten mit entsprechender Betreuung tagsüber besser genutzt werden.

- Migrant/innen kennen auch untereinander Rassismus.
- Viele Jugendliche sind in ihrer Ethnie sehr eng eingebunden. Die Eltern verstehen das Verhalten von Schweizer Eltern nicht und haben den Eindruck, Schweizer Kindern würden keine Grenzen gesetzt. Sie haben Angst, ihre Kinder könnten unter schlechten Einfluss geraten. Elternbildung wäre hier wichtig, um die Eltern aufzuklären und Themen wie Erziehung und Freizeit zu diskutieren (vgl. auch 7.4. Schulen).
- Für viele Jugendliche wird die Schnittstelle Schule/ Freizeit zum Problem, weil keine Angebote für Oberstufenschüler/innen vorhanden sind, z.B. über Mittag oder nach Schulschluss.

#### **d) Subventionen/ Beiträge**

- Das **Gemeinschaftszentrum Telli (GZ)** hat in seinem Leistungsauftrag die Aufgabe, ein Netzwerk Migration aufzubauen und Kinder- und Jugendarbeit zu fördern. Das GZ könnte sich auch in der Frühförderung engagieren (vgl. 7.4 Schulen) und in Zusammenarbeit mit dem Quartierverein Neuzuzügeranlässe organisieren (vgl. 7.1. Behörden/ Zentrale Dienste). Im Quartier sind Sauberkeit und Lärm ein Dauerthema. Jugendliche sollten mehr offen zugängliche Räume haben, die sie nutzen können (mit klaren Regeln und Kontrolle). In das Trefflokal kommen auch Migrantenkinder. Ferienprojekte wären wichtig (Frühlings- und Herbstferien).
- Die **Stiftung Aarau eusi gsund Stadt** erreicht vor allem in den Schwimmkursen und den Jugendsportwochen Migrantenkinder. Ernährung wäre auch für Migrant/innen ein wichtiges Thema. Bei den Erwachsenen laufen Bestrebungen, mittels Schlüsselpersonen Kontakte zu Migrantorganisationen zu knüpfen und über die Aktivitäten zu informieren. Zurzeit laufen erfolgreich Projekte mit Tamilinnen (zusammen mit der Caritas AG). Weiter ist vorgesehen, an der Fussball-EM 2008 mit Kindern und Jugendlichen niederschwellige Anlässe durchzuführen, an denen auch Mädchen interessiert sind.
- Die **Mütter-/Väterberatung** mit der dazugehörigen erweiterten Beratung (Mupaki\*) ist eine wichtige Anlaufstelle für Migrant/innen. Sie sollte die Ressourcen haben, interkulturelle Übersetzer/innen einzusetzen und Eltern über Angebote wie Sprach- und Integrationskurse, Elternbildung, Frühförderung usw. zu informieren. Wichtig wäre auch die Beratung und Sensibilisierung zum Thema Ernährung und Bewegung (vgl. auch 7.4 Schulen).
- **Verschiedenste Institutionen** beraten Migrant/innen und unterstützen bzw. entlasten damit die Sozialen Dienste (z.B. Suchtberatung, Pro Infirmis, Lungenliga, Eheberatung, Erziehungsberatung, Caritas, usw.). Diese Stellen sind auf finanzielle Mittel angewiesen, um bei Verständigungsschwierigkeiten interkulturelle Übersetzer/innen beiziehen und bezahlen zu können.
- Die **Ludothek** macht u.a. auch Spielnachmittage im Trefflokal in der Telli, zu denen viele Migrantenkinder kommen. Migranteltern und ihre Kinder benützen auch die Spielzeugausleihe. Für die Ludothek wäre es wichtig, wenn sie im Kindergarten und in der Schule Werbung machen könnte.

### e) Alter

- In den städtischen Altersheimen lebt zurzeit nur gerade eine Person mit ausländischem Pass, zwei weitere sind auf der Warteliste. Das Thema Migration und Alter wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen (Informationen über Altersfragen, Wohnformen, spezielle Bedürfnisse von Migrant/innen usw.).<sup>21</sup>
- Die Informationsstelle Alter arbeitet mit den Beratungsstellen und Migrantenorganisationen zusammen und ist u.a. damit beschäftigt, ein Netzwerk aufzubauen.
- Bei der Pro Senectute nimmt der Anteil Migrant/innen in der Sozialberatung zu (vor allem Finanzen und Sozialversicherungsfragen). Pro Senectute leistet auch Finanzhilfen und führt Projekte durch im Bereich Sport, Bewegung, Ernährung usw. Sie arbeitet mit der Informationsstelle Alter, Aarau eusi gsund Stadt usw. zusammen.

## 7.5.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts

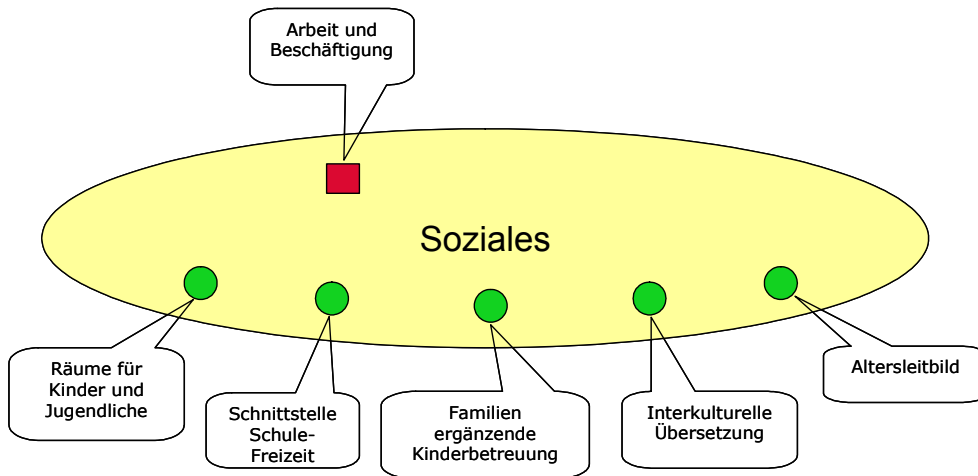
- Städte und Kantone mit eigenen Kompetenzzentren Integration bieten neben allgemeiner Information und Beratung auch Deutschkursberatung an. Die Sozialämter schicken ihre Klient/innen dorthin.
- Interkulturelle Übersetzer/innen und Schlüsselpersonen werden nicht nur zum Dolmetschen eingesetzt, sondern funktionieren auch als Mittler/innen zwischen den Kulturen.
- Es werden Projekte und Kurse zur verbesserten Arbeitsintegration durchgeführt, speziell für Schulabgänger/innen (zusammen mit Arbeitgebern, AWA, Sozialversicherungen, Sozialämtern usw.).
- Schulsozialarbeit wird als wichtiges Instrument zur Integrationsförderung im Schulhaus eingesetzt.
- Probleme im öffentlichen Raum (z.B. Jugendgewalt, Littering, Nutzungskonflikte) werden interdisziplinär angegangen (Polizei, aufsuchende Jugendarbeit, Werkhof, Stadtentwicklung, Schulsozialarbeit, Sozialamt usw.).
- Elternarbeit wird auf- und ausgebaut (Information und Aufklärung, Verantwortung für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen usw.).
- Gesundheitsförderungsprojekte gewinnen an Bedeutung (Bewegung, Ernährung, Sport usw.). Der Zugang zu den Zielgruppen geschieht über die Migrantenorganisationen und Schlüsselpersonen.
- Zum Thema Migration und Alter besteht ein schweizerisches Netzwerk.\*

## 7.5.3 Integrationsfelder

Die nachstehende Grafik zeigt, wo mögliche Integrationsfelder im Schwerpunkt Soziales sind. Rote Quadrate bedeuten Integrationsfelder mit Massnahmenvorschlägen, die umgesetzt werden sollten, grüne Punkte zeigen Angebote und Massnahmen, die bereits (teilweise) vor-

<sup>21</sup> Studien gehen davon aus, dass mind. ein Drittel der Migrant/innen im Alter in der Schweiz bleiben und von denen, die ins Heimatland zurückgekehrt sind, ein Teil wieder in die Schweiz kommt, z.B. bei gesundheitlichen Problemen.

handen sind und entsprechend gefördert, weiterentwickelt und koordiniert werden sollten.



### Beschreibung der Massnahmenvorschläge

■ Arbeit und Beschäftigung	
<b>Zielsetzung</b>	Für die Zielgruppen der Amtsvormundschaft und der Sozialhilfe stehen ausreichend Arbeits- und Beschäftigungsplätze zur Verfügung.
<b>Massnahmen</b>	Kontakte zu Arbeitgebern und Anbietern von arbeitsmarktlichen Massnahmen (z.B. Stollenwerkstatt) intensivieren, um Arbeits- und Beschäftigungsplätze zu schaffen.
<b>Zuständigkeit</b>	Fachstelle Arbeit, Sozialhilfe, Amtsvormundschaft, Wirtschaftsförderung, Koordinationsstelle Integration

### Weiterhin fördern, weiterentwickeln, koordinieren:

- **Räume für Kinder und Jugendliche:** Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für Kinder und Jugendliche, die diese tagsüber benutzen können. Es ist auch zu prüfen, wie weit die Räume von Jugendeinrichtungen (z.B. Jugendkulturhaus, Wenk, GZ Telli usw.) tagsüber benutzt werden könnten.
- **Schnittstelle Schule-Freizeit für Oberstufenschüler/innen:** Angebote für Oberstufenschüler/innen über Mittag und nach Schulschluss einrichten, ev. kombiniert mit Aufgabenhilfe. Abklären, wie weit in den bestehenden Jugendeinrichtungen Angebote möglich sind (vgl. auch oben: Räume für Kinder und Jugendliche).

- **Deutsch- und Integrationsangebote für spät immigrierte Frauen:** Diese Zielgruppe ist speziell zu beachten, da sie sonst von keinen anderen Integrationsangeboten erreicht wird.
- **Familienergänzende Kinderbetreuung FUSTA:** Information, Sensibilisierung und Werbung für die FUSTA-Angebote verstärken, zusammen mit Schlüsselpersonen und Migrantenorganisationen. Bei Bedarf Überprüfung von zusätzlichen Angeboten, z.B. für Schichtarbeitende.
- **Interkulturelle Übersetzung:** Bei den Sozialen Diensten sowie bei verschiedenen anderen Institutionen (z.B. Schule, Spital usw.) werden bei Bedarf erfolgreich interkulturelle Übersetzer/innen eingesetzt. Verschiedene Beratungsstellen haben keinen Kredit im Budget, mit dem sie diese Übersetzungsdienste finanzieren könnten. Es ist deshalb zu prüfen, ob für Aarauer Ratsuchende die Finanzierung übernommen werden könnte, z.B. Eheberatung, Suchtberatung, Mütter-/Väterberatung, Spitex, Pro Infirmis, Pro Senectute usw.).
- **Altersleitbild:** In die Erarbeitung des Altersleitbildes auch migrationspezifische Fragen aufnehmen.

#### 7.5.4 Gute Beispiele andernorts

- ⊗ BIAS Kanton Bern (Angebote für Personen, die mittelfristig keine Perspektive haben auf dem Arbeitsmarkt)
- ⊗ Vitamin L: Projekt des Kantons Aargau für mehr Ausbildungsplätze und gegen Jugendarbeitslosigkeit (Junior-Mentoring, Rent-a-Stift, Lehrstelle JETZT, KMU Support, Vermittlung Berufspraktika usw.)\*
- ⊗ Vermittlungsstellen für interkulturelle Übersetzung (im Aargau Netzwerk Kulturvermittlung der Stadt Baden und Linguadukt von HEKS AG/SO)
- ⊗ Projekte der Stadt Zürich für Migrant/innen in den Altersheimen.

### 7.6 Öffentliche Sicherheit

Zum Schwerpunkt Öffentliche Sicherheit gehören folgende Produktgruppen:

PG 50 Stadtpolizei  
PG 51 Feuerwehr

#### 7.6.1 Feststellungen in Aarau

- Bei der Stadtpolizei arbeitet ein Polizist mit Migrationshintergrund; wichtig wäre auch ein Mitarbeiter/ eine Mitarbeiterin aus dem Balkan.
- Bei den Fällen von häuslicher Gewalt sind viele Migrant/innen beteiligt (vgl. auch 7.5 Soziales). In anderen Bereichen gibt es mit Migrant/innen nicht mehr Schwierigkeiten als mit Schweizer/innen auch.
- Jugendliche und junge Erwachsene bereiten Probleme (Gewalt, Vandalismus), wenn sie in Gruppen auftreten, verbunden mit Alkohol-



konsum, vor allem am Wochenende. Am heikelsten ist die Zeit zwischen der Schliessung der Lokale und dem Einsetzen des öffentlichen Verkehrs. Es gibt keine Transportmöglichkeiten (z.B. Nachtbusse), welche die Jugendlichen in dieser Zeit an ihre Wohnorte transportieren würden. Ebenso gibt es keine geeignete Aufenthalts- oder Unterkunftsmöglichkeit.

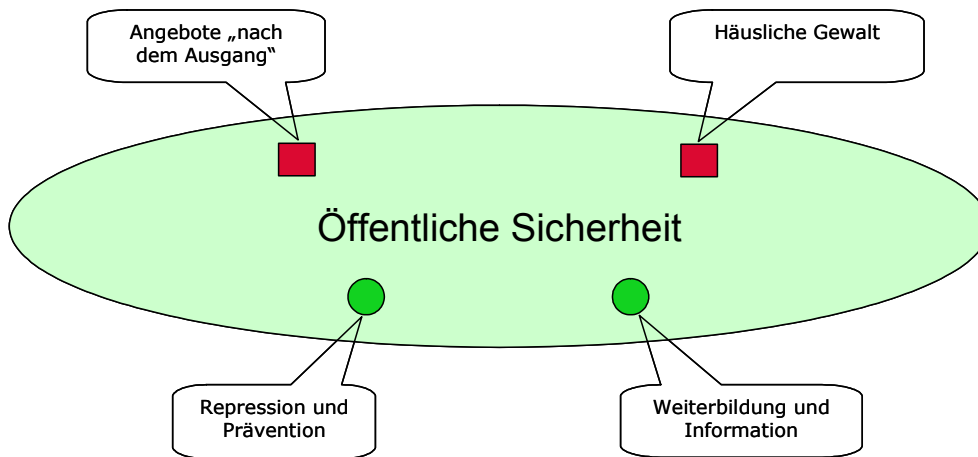
- Aufgabe der Polizei ist es, repressiv (Recht und Ordnung) und damit auch präventiv zu wirken. Ergänzend zur Polizeiarbeit sind vor allem bei den Jugendlichen Massnahmen nötig (aufsuchende Jugendarbeit).
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit fördert die Integrationsbemühungen, z.B. Bus im Park, Runder Tisch gegen Jugendgewalt, „allons-y Telli!“ usw.
- Öffentlicher Raum sollte als Begegnungsort sauber und sicher sein, damit die Menschen ihn auch wirklich als solchen nutzen können.
- Bei Planungsvorhaben, die den öffentlichen Raum betreffen, viel Publikumsverkehr und unterschiedliche Nutzungen haben, sollte von Anfang an abteilungsübergreifend zusammengearbeitet werden, z.B. Bahnhofneubau, Aareraum, Stadion usw.

### **7.6.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts**

- Repression, Prävention und Integration müssen einander ergänzen, um wirksam zu sein, vergleichbar mit der 4-Säulenpolitik im Drogenbereich (Prävention, Repression, Therapie und Überlebenshilfe). Wichtig ist, dass die Schnittstellen geklärt sind.
- Interdisziplinäre Planung bei nutzungsintensiven Vorhaben unter Einbezug der Polizei, Kompetenzzentrum Integration, Jugendarbeit usw.
- Projekte für bestimmte Zielgruppen in Zusammenarbeit mit den Integrationsbeauftragten und den Kompetenzzentren Integration (z.B. Suchtmittelabhängige, Sans Papiers, Tänzerinnen, Prostituierte usw.).

### **7.6.3 Integrationsfelder**

Die nachstehende Grafik zeigt, wo mögliche Integrationsfelder im Schwerpunkt Öffentliche Sicherheit sind. Rote Quadrate bedeuten Integrationsfelder mit Massnahmenvorschlägen, die umgesetzt werden sollten, grüne Punkte zeigen Angebote und Massnahmen, die bereits (teilweise) vorhanden sind und entsprechend gefördert, weiterentwickelt und koordiniert werden sollten.



**Beschreibung der Massnahmenvorschläge**

<b>■ Angebote „nach dem Ausgang“</b>	
<b>Zielsetzung</b>	- Gewalt und Vandalismus in den frühen Morgenstunden nehmen ab.
<b>Massnahmen</b>	- Überprüfung von Transportmöglichkeiten in der Zeit nach der Schliessung der Lokale bis zum Einsetzen des öffentlichen Verkehrs. - Überprüfung von Aufenthalts- bzw. Unterkunftsmöglichkeiten.
<b>Zuständigkeit</b>	Polizeichef, Jugendkoordinator, Stadtbauamt, Koordinationsstelle Integration
<b>Bemerkungen</b>	- Abklären, wie andere Städte dieses Problem lösen. - Problematik in Bahnhofneubauplanung einbeziehen.

<b>■ Häusliche Gewalt</b>	
<b>Zielsetzung</b>	Bekämpfung von häuslicher Gewalt.
<b>Massnahmen</b>	Erarbeiten von Massnahmen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt (Elternbildung, Präventionskampagnen usw.).
<b>Zuständigkeit</b>	Stadtpolizei, Kantonspolizei, Soziale Dienste, Kinderschutzgruppe, Migrantenorganisationen usw.
<b>Bemerkungen</b>	Vgl. auch 7.5 Soziales

### **Weiterhin fördern, weiterentwickeln, koordinieren:**

- **Repression und Prävention:** Die Polizei sorgt weiterhin in Zusammenarbeit mit anderen Stellen (aufsuchende Jugendarbeit, Werkhof, Stadtentwicklung, Soziale Dienste usw.) dafür, dass der öffentliche Raum als wichtiger Ort der Begegnung allen zugänglich, sauber und sicher ist. Die Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Stellen muss klar sein.
- **Weiterbildung und Information:** Die Stadtpolizei sollte vermehrt von den Weiterbildungs- und Informationsangeboten des Kantons profitieren (z.B. Informationen über andere Kulturen und Religionen, Verhaltenskodex usw.).

## **7.7 Stadtentwicklung/ Bauwesen**

Zum Schwerpunkt Stadtentwicklung/ Bauwesen gehören folgende Produktgruppen:

- PG 60 Stadtentwicklung/ stadteigene Bauten/ Wirtschaft
- PG 61 Baubewilligungswesen
- PG 62 Verkehrsfläche/ Gewässer
- PG 63 Abwasserentsorgung
- PG 70 Werkhof
- PG 71 Schwimmbad
- PG 72 Abfallbewirtschaftung
- PG 73 Friedhofswesen

### **7.7.1 Feststellungen in Aarau**

- Entwicklungen in den Quartieren werden nicht speziell beobachtet. Es wird reagiert, wenn Probleme auftauchen.
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit kann gemäss Stadtbauamt im Hinblick auf die Inbetriebnahme von Gebäuden und Anlagen mit grossem Publikumsverkehr und verschiedenen Nutzer/innen (z.B. Aareraum, Bahnhofneubau, Spielplatz Rathausgarten, Fussballstadion usw.) wichtig sein.
- Wer bei Mitwirkungsverfahren mitmachen will, sollte Deutsch können.
- Wichtige Informationen sollten nicht nur übersetzt, sondern auch mit Aufklärung verbunden werden, z.B. in der Umwelterziehung (Littering, Abfallwegweiser usw.), vgl. auch 7.1 Behörden/ Zentrale Dienste (Deutsch- und Integrationskurse).
- Bei der Wirtschaftsförderung sind Migration und Integration kein Thema.
- Info Aarau hat gewisse Unterlagen in Englisch und Französisch. Benutzer/innen der Angebote sprechen meistens Französisch oder Englisch, nur wenige Leute aus dem Balkan oder aus Afrika interessieren sich für die Angebote.
- Das Schwimmbad ist ein gut frequentierter Aufenthalts- und Begegnungsort. Probleme machen vor allem Gruppen aus dem Balkan, die sich nicht an die Regeln halten (Bekleidung, Littering, Verhalten

gegenüber Frauen usw.). Die Mitarbeiter/innen im Schwimmbad bräuchten Unterstützung bei der Durchsetzung der Badeordnung.

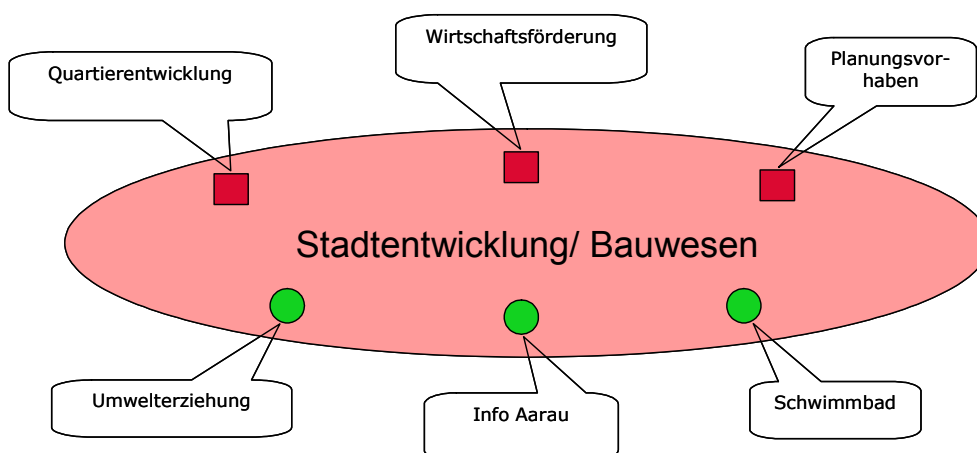
- Beim Friedhof gibt es wenige Verständigungsprobleme, da Angehörige von Verstorbenen in der Regel von Landsleuten begleitet werden. Bis jetzt gab es laut dem Leiter Friedhof auch keine Probleme mit Muslimen, deren Anforderungen an die Bestattung sehr hoch sind und in Aarau nur teilweise erfüllt werden können (ewige Grabruhe, keuscher Boden, West-Ostausrichtung usw.).

### 7.7.2 Feststellungen und Erfahrungen andernorts

- Stadtentwicklung umfasst nicht nur raumplanerische sondern auch Fragen der Integration („weiche Faktoren“). Quartierentwicklung ist zu einer wichtigen interdisziplinären Aufgabe geworden, die auch vom Bund unter dem Aspekt Integration unterstützt wird (projets urbains\*). Fragen der Integration werden bereits bei der Planung berücksichtigt.
- Umwelterziehung wird in den Schulen praktiziert sowie in die Begrüssungs-, Integrations- und Sprachkurse eingebaut.
- Die Wirtschaftsförderung arbeitet mit den Integrationsbeauftragten zusammen (z.B. Lehrstellenförderung, Unterstützung der Arbeitgeber bei Migrationsfragen, Schaffung von Projekt- und Nischenarbeitsplätzen usw.).
- Es werden spezielle Friedhöfe/ Grabfelder für Andersgläubige eingerichtet.<sup>22</sup>

### 7.7.3 Integrationsfelder

Die nachstehende Grafik zeigt, wo mögliche Integrationsfelder im Schwerpunkt Stadtentwicklung/ Bauwesen sind. Rote Quadrate bedeuten Integrationsfelder mit Massnahmenvorschlägen, die umgesetzt werden sollten, grüne Punkte zeigen Angebote und Massnahmen, die bereits (teilweise) vorhanden sind und entsprechend gefördert, weiterentwickelt und koordiniert werden sollten.



<sup>22</sup> Baden klärt zurzeit mit dem Regionalplanungsverband eine regionale Lösung ab.

### Beschreibung der Massnahmenvorschläge

<b>■ Quartierentwicklung</b>	
<b>Zielsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Probleme im Quartier werden rechtzeitig erkannt.</li> <li>- Die Quartiervereine als wichtige Akteure werden in ihrer Arbeit unterstützt.</li> <li>- Integrationsfördernde Massnahmen in den Quartieren werden umgesetzt.</li> </ul>
<b>Massnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Indikatorenliste für die Beurteilung von Quartieren erstellen.</li> <li>- Beobachtung der Entwicklungen in den Quartieren.</li> <li>- Rolle der Quartiervereine diskutieren, was können sie zur Integration beitragen? (z.B. Begrüssungsanlässe organisieren, Kontakt-netz zu Migrant/innen aufbauen, Anlauf-stelle für die Bevölkerung, Kontaktstelle zu Behörden und Verwaltung sein usw.).</li> </ul>
<b>Zuständigkeit</b>	Stadtentwicklung, Koordinationsstelle In-tegration, andere Verwaltungsabteilungen, Quartiervereine, Dritte
<b>Bemerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Anschluss an das Projekt „allons-y Telli!“ wurde ein Monitoring eingerichtet, um die Wirksamkeit der Massnahmen und die weitere Entwicklung zu beobachten.</li> <li>- Quartierverein Telli und Gemeinschafts-zentrum Telli nehmen im Auftrag des Stadtrates teilweise bereits die oben unter Massnahmen beschriebene Rolle wahr.</li> <li>- Es gibt gute Unterlagen zur Beurteilung von Quartieren (z.B. Stadtentwicklung Zü-richt, Winterthur, Schaffhausen, Olten, Ba-den, Luzern, Basel usw.).</li> </ul>

<b>■ Wirtschaftsförderung</b>	
<b>Zielsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Arbeitgeber in Aarau beschäftigen vermehrt Migrant/innen, speziell Jugendliche, die wenig Chancen haben auf dem Arbeitsmarkt.</li> <li>- Die Arbeitgeber werden in ihren Bemühungen durch die Stadt unterstützt.</li> </ul>
<b>Massnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit den Arbeitgebern abklären, welche Möglichkeiten sie haben.</li> <li>- Abklären, welche Unterstützungsmassnahmen die Arbeitgeber brauchen.</li> </ul>

<b>Zuständigkeit</b>	Wirtschaftsförderung, Fachstelle Arbeit, Koordinationsstelle Integration, Schulleitung
<b>Bemerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Forderung nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen wurde schon im Integrationsbericht 1994 erhoben.<sup>23</sup></li> <li>- Koordination mit den Bemühungen/ Angeboten des Kantons (vgl.7.4 Schulen und 7.5 Soziales).</li> </ul>

<b>■ Planungsvorhaben</b>	
<b>Zielsetzung</b>	Bei Planungsvorhaben mit grossem Publikumsverkehr und unterschiedlichen Nutzer/innen werden integrationsrelevante Fragen von Anfang an berücksichtigt.
<b>Massnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die betroffenen Verwaltungsabteilungen werden von Anfang an in den Planungsprozess einbezogen (z.B. Polizei, Soziale Dienste, Koordinationsstelle Integration, Schulleitung, Jugendkoordinator usw.).</li> <li>- Checkliste mit integrationsrelevanten Fragen benutzen.</li> </ul>
<b>Zuständigkeit</b>	Stadtbauamt bzw. Stadtentwicklung, betroffene Verwaltungsabteilungen
<b>Bemerkungen</b>	Mit diesem Vorgehen können Planungsfehler vermieden werden, die sonst nachher mit viel Aufwand korrigiert werden müssen (Nutzungskonflikte, unsichere Orte usw.).

**Weiterhin fördern, weiterentwickeln, koordinieren:**

- **Umwelterziehung:** Die Themen der Umwelterziehung (Entsorgung, Littering usw.) auch in die Deutsch- und Integrationskurse aufnehmen sowie Projekte in den Schulen anbieten. Prüfen, welche Informationen in verschiedene Sprachen übersetzt werden sollen.
- **Info Aarau:** Bei Info Aarau wichtige Informationen für Migrant/-innen auflegen und Mitarbeiter/innen schulen, damit sie Auskunft geben können vgl. auch 7.1 Behörden/ Zentrale Dienste (Stadtbüro).
- **Schwimmbad:** Das Schwimmbadpersonal in seinen Bemühungen bei der Durchsetzung der Verhaltensregeln unterstützen (z.B. Unterstützung bei Konflikten, Sicherheitspersonal usw.).

<sup>23</sup> „Ausländerinnen und Ausländer in Aarau“, 1994, Stadtrat Aarau (Hrsg.)\*

### 7.7.4 Gute Beispiele andernorts

- ⊗ Quartierentwicklung in Schaffhausen
- ⊗ Quartierentwicklung BaBel, Luzern
- ⊗ Quartieranalysen in der Stadt Zürich
- ⊗ Quartierentwicklung in Baden
- ⊗ Praktischer Umweltschutz Schweiz (PUSCH), Projekt für Migrationsbevölkerung.\*

## 7.8 Ortsbürgergutsverwaltung OBV

Zum Schwerpunkt Ortsbürgergutsverwaltung gehören folgende Produktgruppen:

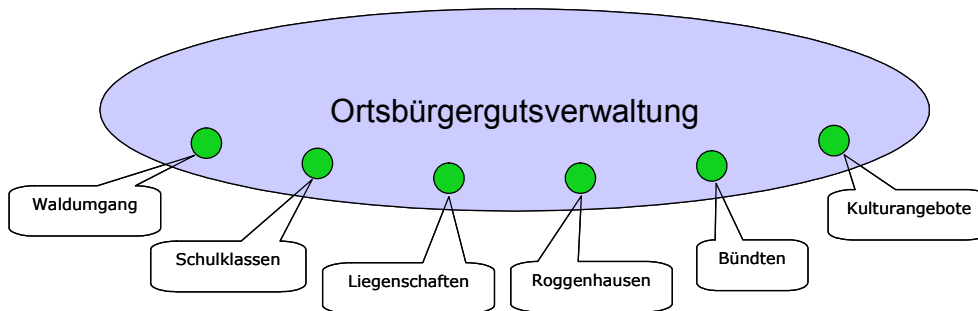
- a) Forst
- b) Liegenschaften
- c) Kultur

### 7.8.1 Feststellungen in Aarau

- Zurzeit arbeiten keine Migrant/innen im Forst. Es gibt generell wenig ausgebildete Forstwerte mit Migrationshintergrund.
- Migrant/innen zu motivieren für den Ortsbürgerwaldumgang wäre gut, um die Beziehung zum Wald und damit die Identifikation zu fördern.
- Das Waldschulzimmer für Schulklassen wird wenig genutzt.
- Der Besuch mit den Schulklassen auf dem Binzenhof gibt auch Migrantenkinder die Gelegenheit, den Bauernhof der Ortsbürger kennen zu lernen.
- Das Roggenhausen als Erholungs- und Erlebnisort wird auch von Migrant/innen besucht.
- Die OBV macht die Verwaltung der Liegenschaften wieder selber und ist damit näher bei den Mieter/innen und kann bei Konflikten und Problemen rascher und gezielter handeln.
- Die OBV beschäftigt einen Hauswart mit Migrationshintergrund. Die Schulung der Hauswarte zum Thema Migration und Integration wäre wichtig (z.B. kulturelle Unterschiede, Umgang mit Konfliktsituationen usw.).
- Das Forum Schlossplatz ist mit dem Auftrag, sich mit kulturellen Phänomenen unserer Zeit auseinanderzusetzen, eine wichtige Institution für die Beschäftigung mit Fragen von Migration und Integration („Global kids“, „Fernschau Global“, „Panorama Arbeit“ usw.). Das Forum Schlossplatz empfängt viele Schulklassen und arbeitet mit anderen Kulturinstitutionen zusammen (vgl. auch 7.2 Kultur).
- Das Gästeatelier Krone bietet ausländischen Künstler/innen einen Atelieraufenthalt.

## 7.8.2 Integrationsfelder

Die nachstehende Grafik zeigt Angebote und Massnahmen, die bereits (teilweise) vorhanden sind und entsprechend gefördert, weiterentwickelt und koordiniert werden sollten. Es konnte kein Bedarf nach zusätzlichen Integrationsmassnahmen festgestellt werden.



### Weiterhin fördern, weiterentwickeln, koordinieren:

- **Waldumgang:** Weiterhin Waldumgänge auch für Nichtortsbürger/-innen öffnen. Migrant/innen als Zielgruppe speziell einladen, z.B. via Schlüsselpersonen.
- **Projekte mit Schulklassen:** Binzenhofbesuch beibehalten, Werbung für das Waldschulzimmer machen.
- **Liegenschaften:** Verwaltung durch die OBV beibehalten, Schulung der Hauswarte in migrationsspezifischen Fragen, auf ausgewogenen Mietermix achten.
- **Roggenhausen:** Das Roggenhausen weiterhin als attraktiven Erholungs- und Erlebnisort ohne Konsumationszwang gestalten.
- **Bündten:** Von den 164 Bündtenpächter/innen haben 74 (45%) einen ausländischen Namen. In den Bündten sind Begegnungen und Zusammensein unter Schweizer/innen und Migrant/innen möglich.
- **Kulturangebote:** Bei Forum Schlossplatz, Kroneatelier und Neu-jahrsblättern Thema Migration/ Integration weiterhin berücksichtigen.

### 7.8.3 Gute Beispiele andernorts

- ⊗ Die Stiftung Domicil unterstützt mit dem Projekt Wohnkultur Hauswarte im Umgang mit Konfliktsituationen.
- ⊗ Förderung der interkulturellen Kompetenz bei Hauswart/innen und Hauswarten in der Ausbildung.\*



## **8. Strukturen für die Integrationsförderung**

Die Analyse hat gezeigt, dass an der Integration von Migrant/innen viele verschiedene Akteur/innen beteiligt sind und es bereits viele Ansätze zur Integration gibt, aber auch Lücken bestehen. Die Integrationsbemühungen werden jedoch nicht koordiniert und die vorhandenen Ressourcen zu wenig genutzt. In diesem Kapitel geht es darum, bestehende Strukturen zu beschreiben und aufzuzeigen, welche Strukturen für die Integrationsförderung in der Stadt Aarau geeignet wären.

### **8.1 Bestehende Strukturen**

#### **8.1.1 Bund**

Der Bund hat die gesetzlichen Grundlagen für die Integrationsförderung geschaffen, die Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Integrationsprojekten festgelegt und in seinem Integrationsbericht 45 Massnahmen formuliert, an deren Umsetzung verschiedene Bundesämter beteiligt sind (vgl. auch 6.1. Integrationsförderung des Bundes). Projekte können zukünftig nicht mehr direkt beim Bund eingegeben werden. Die Kantone müssen eine Koordinationsstelle bezeichnen, welche Verhandlungspartnerin gegenüber dem Bund (Bundesamt für Migration) ist und die eingereichten Projekte der Gemeinden begutachten und empfehlen muss. Im Aargau ist dies die Koordinationsstelle Integration beim Migrationsamt.

#### **8.1.2 Kanton**

Mit der Umsetzung der vom Grossen Rat beschlossenen Leitsätze ist die Koordinationsstelle Integration beim Migrationsamt beauftragt. Sie ist zurzeit u.a. damit beschäftigt, das Kompetenzzentrum Integration (verwaltungsexterne Fachstelle) aufzubauen, welches als Anlaufstelle für integrationsrelevante Fragen dienen soll. Gemäss Auftrag des Bundes muss diese Stelle Information und Beratung bieten, Öffentlichkeitsarbeit machen, die Projektarbeit fördern und koordinieren sowie die Zusammenarbeit mit dem Bund und den Informationsaustausch mit anderen Kantonen sicherstellen.

Die Koordinationsstelle Integration beim Migrationsamt wird ab nächstem Jahr für die Bewilligung und Mitfinanzierung (Bundesbeitrag) von Kleinprojekten sowie für die Prüfung von Projekteingaben an den Bund zuständig sein. Sie koordiniert auch die verschiedenen verwaltungsinernen Integrationsprojekte (z.B. Berufsbildung/ Lehrstellenförderung, Kantonaler Sozialdienst, RAV usw.).

Die Koordinationsstelle Integration und das kantonale Kompetenzzentrum Integration werden für die Integrationsbemühungen vor Ort eine wichtige Informations-, Vernetzungs- und Koordinationsfunktion haben, sofern sie mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden.

### **8.1.3 Stadt Aarau**

In Aarau und Umgebung existieren verschiedene Strukturen zur Integrationsförderung, die unterschiedlich gut vernetzt und koordiniert sind.

#### **a) Migrantenorganisationen und Schlüsselpersonen**

Die „traditionellen“ Vereine (z.B. Italien, Spanien), welche in der Zeit der Einwanderergeneration sehr viel Integrationsarbeit geleistet hatten, haben heute eher an Bedeutung verloren.

Es existieren verschiedene Sport- und Kulturvereine (z.B. ehem. Jugoslawien, Türkei, Srilanka), welche auch jüngere Migrant/innen anziehen. Die Vereinsmitglieder finden neben den sportlichen und kulturellen Aktivitäten auch soziale Kontakte und Unterstützung innerhalb des Vereins.

In Aarau und Umgebung haben verschiedene Religionsgemeinschaften ihre Treff- und Gebetsräume (z.B. Muslim, Hindu, Buddhisten), in welchen sich die Religionsangehörigen regelmässig treffen. Auch in diesen Strukturen finden viele Migrant/innen Rückhalt und Unterstützung.

Es gibt aber auch sehr viele Einzelpersonen oder Gruppierungen, die sich für bestimmte Gruppierungen engagieren und als Schlüsselpersonen eine wichtige Stellung haben, aber nicht organisiert sind. Sie geniessen das Vertrauen der Landsleute als Informations- und Kontaktpersonen. Im Gemeinschaftszentrum Telli finden z.B. regelmässig Beratungen und Deutsch- und Integrationskurse für arabisch und kurdisch sprechende Menschen statt (Iran, Irak, Marokko usw.). Solche Anlaufstellen und Netzwerke sind wichtige Türöffner für die Integration.

All diese Organisationen, Gruppierungen und Schlüsselpersonen haben untereinander wenig Kontakt, sie sind vor allem in ihrer eigenen Ethnie gut vernetzt. Es gibt verschiedene Organisationen, die sich um die Vernetzung der Organisationen untereinander bemühen, wie etwa der MigrantInnenraum Aargau, die Drehscheibe Vereine & Migration, der Aarg. Interreligiöse Arbeitskreis und die kantonale Koordinationsstelle Integration.

#### **b) Hilfswerke**

Verschiedene Hilfswerke (z.B. Caritas, HEKS, SRK) führen für verschiedene Zielgruppen Projekte (z.T. im Auftrag von Bund, Kanton oder Gemeinden) durch und verfügen dadurch über ein weit verzweigtes Netz an Kontakten zu Migrant/innen und deren Organisationen.

#### **c) Stadtrat und Verwaltung**

Der Stadtrat pflegt keine regelmässigen Kontakte zu Migrantorganisationen. Auch innerhalb der Verwaltung gibt es weder eine Stelle noch Strukturen zum Thema Integration (vgl. auch 7.1 Behörden/Zentrale Dienste). Stadtrat und Verwaltung sind nicht in die bestehenden Strukturen und Netzwerke eingebunden. Sie verzichten damit auf wichtige Ressourcen der Integrationsarbeit und können die Angebote auch nicht steuern, z.B. für bestimmte Zielgruppen.

## d) Andere Städte

Der Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass bereits viele Städte eine Koordinationsstelle Integration (Integrationsbeauftragte, Integrationsdelegierte) eingerichtet haben (Baden, Olten, Frauenfeld, Biel, Schaffhausen usw.). Diesen Stellen obliegt die verwaltungsinterne Koordination und Bearbeitung von Integrationsfragen sowie die externe Vernetzung mit den Akteur/innen. Die Stellen sind in der Verwaltung integriert, weil sie innerhalb der Verwaltung eine Querschnittsfunktion ausüben, welche den direkten Zugang zu Informationen und Personen in den verschiedenen Verwaltungsabteilungen verlangt. Von ausserhalb könnte diese Aufgabe nur schlecht wahrgenommen werden. Erfahrungen mit externen Mandaten haben gezeigt, dass die Kontrolle und Steuerung weniger gut funktioniert. So hat z.B. die Stadt Olten ursprünglich einem Hilfswerk den Auftrag für die Integrationsarbeit gegeben, hat sich nun aber aufgrund der gemachten Erfahrungen auch für die Schaffung einer verwaltungsinternen Stelle entschieden. Die meisten Städte arbeiten mit einem verwaltungsinternen Gremium (Integrationskommission), das die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit sicherstellt. Die Erfahrungen zeigen, dass z.B. im Schulbereich oder in der Stadtentwicklung wichtige Fortschritte erzielt werden und die Integrationsförderung zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Planung wird.

Die Koordinationsstellen sind für die Integrationsförderung in ihren Städten verantwortlich. Sie arbeiten eng mit den Akteur/innen im Integrationsbereich zusammen und sind entsprechend gut vernetzt. Für die Stadt wichtige Leistungen werden bei den am besten qualifizierten Anbietern eingekauft. So müssen sich in Olten beispielsweise die Sprach- und Integrationskursanbieter bei der Stadt bewerben, damit sie von der Stadt subventionierte Kurse anbieten können. Die Stadt Olten hat im Budget 40'000 Franken für die Subvention von Sprach- und Integrationskursen eingesetzt und setzt dieses Modell erfolgreich um. Auch für die Stadt Baden arbeiten verschiedene Anbieter von Sprach- und Integrationskursen. In Baden sind zurzeit zwei Personen im Auftragsverhältnis in einem Quartier daran, Kontakte zu Migrant/innen zu knüpfen, die mit den üblichen Informationsmitteln nicht erreicht werden, mit dem Ziel, sie für die Angebote der Integrationsförderung zu gewinnen. Es ist Aufgabe der Koordinationsstelle Integration, diese Projekte zu konzipieren, Organisationen oder Personen zu suchen für die Umsetzung und den Ablauf des Projektes zu überwachen.

## 8.2 Struktur für Aarau

Vergleiche mit anderen Städten zeigen, dass es für die gezielte Integrationsförderung eine Stelle innerhalb der Verwaltung braucht (vgl. auch 8.1 Bestehende Strukturen).

Die Koordinationsstelle Integration sollte folgende Aufgaben erfüllen:

- Sie koordiniert die Integrationsbemühungen, überprüft die Angebote und klärt den Bedarf.
- Sie ist mit den im Integrationsbereich tätigen Institutionen und Personen vernetzt, in Aarau und in der Region.
- Sie pflegt regelmässigen Kontakt zu den Migrantorganisationen und – gruppierungen.

- Sie ist Anlauf- und Informationsstelle für die Bevölkerung allgemein, für interessierte Institutionen und Personen bei Integrationsfragen.
- Sie bedient die für Migrant/innen wichtigen Stellen und Institutionen mit den nötigen Informationen und Unterlagen (z.B. Stadtbüro, Info Aarau, Mütter-/Väterberatung, Schulleitung usw.).
- Sie ist die zuständige Fachstelle bei integrationsrelevanten Themen für Integrationsfragen für den Stadtrat und die Verwaltung. Sie erstellt in Zusammenarbeit mit den Verwaltungsabteilungen eine Checkliste mit integrationsrelevanten Fragen.
- Sie stimmt die Integrationsarbeit mit den kantonalen und eidgenössischen Stellen im Integrationsbereich ab.
- Sie initiiert und begleitet Projekte, berät Projektträger und führt, wo nötig, selber Projekte durch.
- Sie baut ein Monitoring auf, welches die Wirksamkeit der Massnahmen und die Entwicklung im Integrationsbereich beobachtet.

Die Koordinationsstelle Integration kann verschiedenen Orten in der Stadtverwaltung zugeordnet werden. Wichtig ist, dass sie ihre Querschnittsfunktion innerhalb der Verwaltung und die Koordination der Integrationsbemühungen wahrnehmen kann. Möglich wäre die Eingliederung

- beim Stadtammann als Stabsstelle
- bei der Stadtkanzlei
- bei den Sozialen Diensten
- bei der Stadtentwicklung.<sup>24</sup>

Damit die Koordinationsstelle Integration ihre Aufgabe erfüllen kann, muss sie mit den zuständigen Personen in den verschiedenen Abteilungen zusammenarbeiten und Informationen erhalten können. Die Städte haben dazu Integrationskommissionen eingerichtet, in welchen die Abteilungsleiter/innen der für die Integration wichtigen Abteilungen vertreten sind (Schule, Stadtentwicklung, Polizei, Soziales, Kultur). In einzelnen Städten sind auch die politisch Verantwortlichen in der Kommission vertreten. Die Zusammenarbeit kann in einer Kommission geschehen oder fallweise organisiert werden. Wichtig ist, dass die verschiedenen Abteilungen in ihrer Arbeit integrationsrelevante Themen berücksichtigen und abteilungsübergreifend Lösungen ausarbeiten.

### 8.3 Kommunikation

In Aarau geht es in erster Linie darum, den Dialog aufzubauen mit den Migrant\*innenorganisationen und -gruppierungen sowie mit den Institutionen und Personen, die im Integrationsbereich tätig sind. Ziele können dabei sein:

- Wertschätzung gegenüber den Migrant/innen und deren Organisationen sowie gegenüber den im Integrationsbereich tätigen Institutionen und Personen durch den Stadtrat;
- Kontaktnetz aufbauen und Koordination verstärken;
- Informationsaustausch, Analyse der Integrationssituation;
- Stellungnahmen zu integrationspolitischen Themen;

---

<sup>24</sup> In der Stadt Baden ist die Fachstelle Integration bei der Abteilung Kinder Jugend Familie angegliedert, in Olten bei der Direktion Soziales, in Zürich und Winterthur bei der Abteilung Stadtentwicklung.

- Information und Sensibilisierung von Behörden, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Diese Ziele können mit einem „offenen“ Kommunikationsgefäss besser erreicht werden als mit einer Kommission mit gewählten Mitgliedern. So hat Baden (wie Aarau auch), die Ausländerkommission aufgelöst, weil die Ziele nicht erreicht wurden. Stattdessen wird in Baden alle zwei Jahre ein Integrationsforum durchgeführt mit einem inhaltlichen und einem kulturellen Teil, an welchem sich Organisationen und interessierte Personen beteiligen können. Der inhaltliche Teil dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch sowie der Standortbestimmung, der kulturelle Teil (z.B. ein Fest), der gegenseitigen Wertschätzung und dem Kontakt unter den Kulturen.

Für Aarau wäre ein ähnliches Modell wie in Baden (und auch in anderen Städten) denkbar. Wichtig ist, dass der Stadtrat sein Interesse am Dialog mit einer aktiven Teilnahme zeigt.

## 9. Schlussfolgerungen

Die Integrationsförderung ist eine Verbundaufgabe des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Projekten. Im Kanton Aargau ist die Koordinationsstelle Integration für die Koordination innerhalb der Verwaltung und innerhalb des Kantons zuständig. Sie ist u.a. daran, ein Kompetenzzentrum Integration aufzubauen, welches als Anlaufstelle für Integrationsfragen dienen soll. Die Integrationsförderung muss vor Ort in der Gemeinde geschehen, abgestimmt auf die Leistungen von Bund und Kanton.

In Aarau gibt es viele Ansätze zur Integrationsförderung, in der Schule, Freizeit oder Kultur usw., bei denen viele Freiwillige, private Institutionen, Kirchen und auch städtische Einrichtungen sowie kantonale Stellen mitwirken. Es geht daher nicht in erster Linie darum, neue Angebote zu schaffen, sondern die bestehenden zu koordinieren und zu vernetzen und aufgrund einer systematischen Bedarfsplanung allfällige Lücken zu füllen.

Stadtrat und Verwaltung pflegen praktisch keine Kontakte zu den Migrant\*innenorganisationen und Religionsgemeinschaften. Deren Potenzial für die Integrationsförderung wird wenig genutzt. Innerhalb der Verwaltung ist niemand für Integrationsfragen zuständig und die abteilungsübergreifende interdisziplinäre Zusammenarbeit ist erst in Ansätzen vorhanden.

Migrant\*innen werden weder systematisch auf die Integrationsangebote aufmerksam gemacht noch wird ihnen mitgeteilt, was der Stadtrat von ihnen als Integrationsleistung erwartet (fördern und fordern).

Es gibt Zielgruppen, bei denen die Integrationsbemühungen verstärkt werden sollten. Es sind dies Kinder zwischen einem und fünf Jahren, Jugendliche an der Schnittstelle Schule-Beruf, spät immigrierte Jugendliche und Frauen sowie Frauen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen.

Migrant/innen sind bei der Arbeitslosigkeit und der Sozialhilfe überdurchschnittlich vertreten. Es fehlen geeignete Eingliederungs-, Arbeits- und Beschäftigungsplätze.

### Übersicht über die Integrationsfelder und Massnahmen

<b>Behörden/ Zentrale Dienste</b>	
<b>Netzwerk Migration</b>	Aufbau eines Netzwerkes Migration mit den Akteur/innen in der Integrationsarbeit, Ressourcen nutzen
<b>Information</b>	Informationskonzept erarbeiten (was müssen die Migrant/innen wissen?)
<b>Koordinationsstelle Integration</b>	Schaffung einer Stelle zur Erfüllung der Aufgaben im Integrationsbereich

<b>Kultur/ Sport</b>	
<b>Einheimisches Brauchtum</b>	Information der Migrant/innen über das einheimische Brauchtum
<b>Kulturelle Vielfalt</b>	Migrantenorganisationen bei Veranstaltungen einbeziehen

<b>Schulen</b>	
<b>Frühförderung</b>	Angebote für Migrantenkinder bis zum Kindergarteneintritt aufbauen
<b>Schnittstelle Schule-Berufsbildung</b>	Gezielte Begleitung der Jugendlichen, Koordination mit den kant. Bemühungen
<b>Integration spät immigrierter Jugendlicher</b>	Koordination der Bemühungen mit der Koordinationsstelle für Integration (Integrationsvereinbarungen) und der Lehrstellenförderung
<b>Elternbildung</b>	Adäquate Formen der Elternbildung anbieten

<b>Soziales</b>	
<b>Arbeit und Beschäftigung</b>	Zielgruppenspezifische Arbeits- und Beschäftigungsplätze schaffen

<b>Öffentliche Sicherheit</b>	
<b>Angebote „nach dem Ausgang“</b>	Überprüfung von Transport- sowie Aufenthalts bzw. Unterkunftsmöglichkeiten in der Zeit nach der Schliessung der Lokale bis zum Einsetzen des öffentlichen Verkehrs
<b>Häusliche Gewalt</b>	Massnahmen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt erarbeiten

<b>Stadtentwicklung/ Bauwesen</b>	
<b>Quartierentwicklung</b>	Beobachtung der Quartiere anhand einer Indikatorenliste
<b>Wirtschaftsförderung</b>	Schaffung von geeigneten Arbeits- und Beschäftigungsplätzen zusammen mit der Privatwirtschaft
<b>Planungsvorhaben</b>	Bei Planungsvorhaben Integrationsfragen von Anfang an berücksichtigen

### **Fazit**

In Aarau gibt es keine gezielte Integrationsförderung. Es gibt zwar viele gute Ansätze und Projekte, aber keine Koordination, keine Angebotsplanung und keine systematische Information über die Angebote. Synergien und vorhandene Ressourcen werden wenig genutzt. Es geht nicht in erster Linie darum, neue Angebote oder Institutionen zu schaffen, sondern das Bestehende zu koordinieren, zu fördern und wo nötig, Lücken zu füllen. Es fehlt eine Stelle, die diese Aufgaben erfüllen kann.